:antifaschistische nachrichten

Nr. 18

g 3336 3.9.2015 31. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

JN-Seminar im „Raum Dresden"

Dresden. Der NPD-Jugendverband „Junge Nationaldemokraten" (JN) will am 19. September im „Raum Dresden" ein Seminar unter dem Motto „Antikapitalismus von rechts" durchführen. Auf dem Seminar soll die gleichnamige Kampagne der JN vorgestellt und darüber diskutiert werden, „ob eine Wirtschaftsordnung des Dritten Wegs zwischen Liberalismus und Kommunismus denkbar ist". Als Referent wird der wirtschaftspolitische Sprecher der NPD, Arne Schimmer, angekündigt.

hma ■

„Pro NRW"-Demo in Leverkusen

Leverkusen. Die selbsternannte „Bürgerbewegung pro NRW" will am 5. September im Leverkusener Stadtteil Rheindorf eine Demonstration gegen die Unterbringung von Flüchtlingen in dem Stadtteil durchführen. Die Auftaktkundgebung soll um 14.00 Uhr auf der Felderstraße in Rheindorf in Höhe der Hausnummer 160 beginnen. Dabei wolle man „ein sichtbares Zeichen gegen den Asylmissbrauch" und „den Asyltsunami" setzen, so „Pro NRW". Eine antifaschistische Gegenkundgebung beginnt um 13.30 Uhr an der Ecke Solinger Straße/Weichselstraße.

hma ■

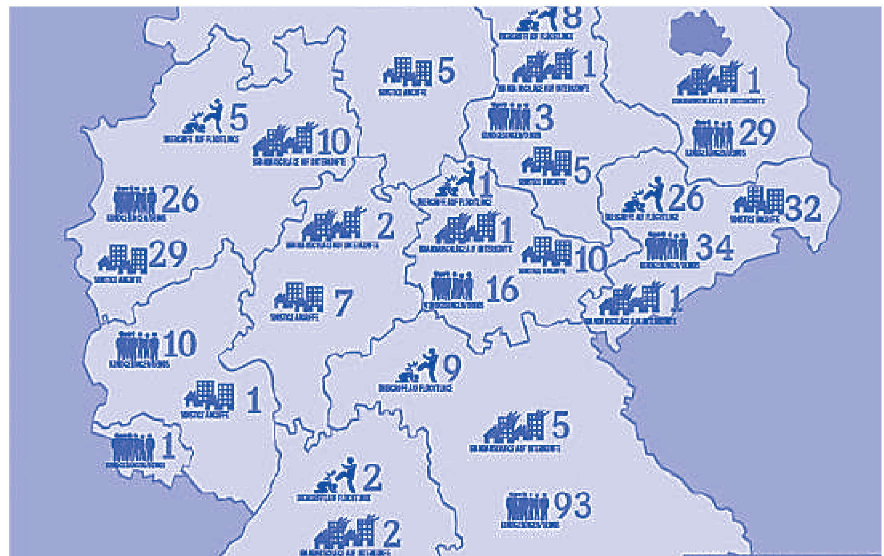
„Alfa" gründet Landesverband

Baden-Württemberg. Die „Allianz für Fortschritt und Aufbruch" („Alfa") um den ehemaligen AfD-Chef Bernd Lucke verzeichnet nach eigenen Angaben bislang 2000 Interessenten. Davon hätten ein Viertel zuvor nicht der AfD angehört. Über viele Aufnahmeanträge sei noch nicht entschieden worden. Man wolle sehr genau hinschauen, um politisch zuverlässige Mitglieder zu gewinnen, so Lucke. Im Kursaal in Stuttgart-Bad

Aus dem Inhalt:

Das Problem heißt Rassismus

An jedem Tag ereignen sich in Deutschland Anschläge gegen Flüchtlingsunterkünfte: Das Problem heißt Rassismus



Hetze und Gewalt gegen Flüchtlinge im 1. - 4. Quartal 2014
Quelle: http://www.publikative.org/2015/07/29/das-problem-heisst-rassismus/

Über 200 Angriffe auf Geflüchtete und ihre Unterkünfte wurden allein im ersten Halbjahr 2015 vom bundesdeutschen Innenministerium gezählt. Das bedeutet, dass in diesem Jahr in Deutschland jeden Tag Anschläge gegen Flüchtlingsunterkünfte verübt wurden.

Mit großer Sorge beobachten wir, dass die weit verbreitete öffentliche Stimmung gegen Geflüchtete auch durch Äußerungen bundesdeutscher Politiker/innen/ begünstigt wird. Hier ist zum Beispiel Horst Seehofer zu nennen, der unlängst von „massenhaftem Asylmissbrauch" sprach. Mit dem Vorschlag separater „Auffanglager", mit den Forderungen, weitere Balkanstaaten zu „sicheren Drittländern" zu erklären, Personenkontrollen an innereuropäischen Grenzen wieder einzuführen und „Einreisesperren für Ausgewiesene" zu erzwingen und mit der Sachleistungsdiskussion wird der Auffassung Vorschub geleistet, es seien die Flüchtlinge selbst, die eine rassistisch aufgeladene Stimmung provozierten. All dies erinnert uns fatal an die Zustände in Deutschland in den frühen 1990er Jahren – auch wenn wir durchaus Unterschiede bemerken.

Damals schlossen sich die bundesdeutschen Medien nahezu durchgängig an einen rassistisch aufgeladenen Diskurs an und befeuerten diesen. Dies ist heute in dieser Breite nicht der Fall. Jedoch ist in den Medien auch derzeit von „Ansturm" und „Flüchtlingsströmen" die Rede. Nahezu ein Konsens ist die angebliche „Überschreitung der Belastungsgrenze". Die hohe Zahl der Flüchtlinge erzeuge einen Staatsnotstand. Die Bilder, die damit hervorgerufen werden, sind dazu geeignet, die Situation zu verschärfen und Menschen als bedrohliche Massen wahrzunehmen. Auch ist es eine unverantwortliche Verharmlosung, wenn rassistische Protagonist/inn/en als „Asylgegner" oder „Asylkritiker" und rassistische Angriffe als „Protest" bezeichnet werden. Mehrheitlich schließen sich die Medien auch heute den Vorstellungen der Politik an, wenn sie z.B. eine Beschleunigung der Asylverfahren fordern, da andernfalls die Stimmung in der Bevölkerung zu „kippen" drohe, wobei mit „Beschleunigung" oftmals euphemistisch ein weiterer Abbau von Rechtsstaatlichkeit in Asylverfahren bezeichnet wird. Nicht zu übersehen ist aber auch, dass sich viele Medien bemühen, einer

Fortsetzung Seite 2 unten →

Cannstatt wurde unterdessen der erste „Alfa“-Landesverband gegründet. Zum Landesvorsitzenden wurde der Europaabgeordnete Bernd Kölmel aus Ötigheim gewählt. Generalsekretär wurde der Mannheimer Stadtrat Eberhard Will. Stellvertretende Vorsitzende wurden Ronald Geiger (Stuttgart), Dr. Jan Rittaler (Neckarwestheim) und Dr. Gerhard Schäffner (Mannheim). In ihrem Programm zur Landtagswahl spricht sich „Alfa“ u.a. „gegen Quoten bei Stellenbesetzungen“ aus und fordert „mehr Polizeipräsenz im öffentlichen Raum“.

hma ■

Gegen Straßenumbenennungen

AHLEN. Im westfälischen Ahlen werden die Agnes-Miegel-Straße, der Karl-Wagenfeld-Platz, der Friedrich-Castelle-Weg und der Pfitznerweg wohl ihre Namen behalten. In einem Bürgerentscheid sprachen sich 86% der Abstimmenden gegen eine Umbenennung aus. Lediglich 14% stimmten dafür. Diese hatte der Stadtrat im Dezember 2014 wegen der großen Nähe der Namensgeber zum NS-Regime beschlossen. Einem Bürgerbegehren von Anwohnern der vier Straßen gegen deren Umbenennung wollte der Stadtrat nicht entsprechen.

hma ■

Demo gegen „Die Rechte“

GOSLAR. Am Samstag, den 29.08., hat „Die Rechte“ in Goslar eine Kundgebung zum Thema „Perspektiven statt Masseneinwanderung“ veranstaltet. Das Ganze ist eingebettet in ihre sachsen-anhaltinische Wahlkampftour und als Vorlage dient die Aussage des Goslarer Oberbürgermeisters mehr Flüchtlinge aufnehmen zu wollen, um für Goslar eine Perspektive gegen den demographischen Wandel zu schaffen. Allerdings hätte sich der OB für seine Idee, Flüchtlinge dort unterzubringen, wo Wohnraum frei ist, vom Land mehr Unterstützung gewünscht. „Der Minister hat mich abblitzen lassen“, so Junk.

„Die Rechte“ will darüber hinaus wohl mal schauen, wie viel Mobilisierungspotential ihnen der Westharz so beschert, nachdem vor einiger Zeit die NPD Strukturen vor Ort weggebrochen sind.

„Die Rechte“ konnte etwa 70 AnhängerInnen mobilisieren, denen ca. 1000 GegendemonstrantInnen gegenüberstanden. „Es sind mehr als wir erwartet haben“, sagte der Sprecher des Bündnisses gegen Rechtsextremismus in Goslar, Michael Ohse.

Oberbürgermeister Junk gehörte zu den Rednern der Gegen-Kundgebung. Viele Einwohner von Goslar „setzen heute ein Zeichen gegen Rechtsextremismus und Rassismus“, sagte er am Rande der Veranstaltung. Das wirke nicht nur nach außen, „sondern es tut uns allen in der Stadt gut zu sehen, dass wir nicht alleine stehen.“

Quelle: lag-migration-grüne-nds -ndr-an; 25.08.2015 ■



eskalierenden rassistischen Aufladung des Diskurses entgegenzusteuern, indem offen rassistische Äußerungen kritisiert und zurückgewiesen werden.

Im Hinblick auf die deutsche Wirtschaft wird die derzeitige Situation widersprüchlich beurteilt. So stellte Ifo-Präsident Hans-Werner Sinn Anfang des Jahres gegenüber der FAZ Einwanderung als Verlustgeschäft für die deutsche Wirtschaft dar. In einer Klarstellung ruderte er dann in einem Spiegel-Online-Interview zurück: Migration sei wichtig für die Rentenproblematik und den Arbeitsmarkt – aber nur, wenn nicht zu viele Geringqualifizierte kämen, die der Sozialstaat als „subventionierte Billiglöhner“ ins Land locke. Das sei teuer und verschärfe die sozialen Probleme. Er fordert deswegen eine hinreichend qualifizierte Migration aus EU-fernen Drittländern.

Auf diese Weise werden die Menschen, die zurzeit nach Deutschland kommen in zwei Gruppen unterteilt: ‚nützlich für unsere Gesellschaft‘ und ‚schädlich für unsere Gesellschaft. Deutschland formuliert einen Anspruch auf „nützliche Einwanderer“ und damit diese möglichst wenige Ansprüche an Deutschland formulieren können, sollten sie besser aus EU-fernen Drittländern kommen – und natürlich „hinreichend qualifiziert“ sein.

Die Entwicklung der extremen Rechten, die wir seit nunmehr 28 Jahren in unserem Institut beobachten und analysieren, lässt uns die augenblickliche Situation als im wahrsten Sinne des Wortes „brandgefährlich“ erleben.

So fertigten Neonazis der Kleinstpartei „Der III. Weg“ im März 2015 eine interaktive Landkarte an, auf der bundesweit über 2000 Flüchtlingsunterkünfte eingetragen wurden. „Der III. Weg“ ist eine Organisation, die sich nach dem Verbot militanter neonazistischer Kameradschaften gründete und inzwischen in etlichen Bundesländern aktiv ist. Wir werten diese Karte als eine Veröffentlichung potentieller Anschlagsziele. Im Rahmen ihrer Kampagne gegen Flüchtlinge wurde von dieser Partei eine Broschüre veröffentlicht, die eine Anleitung erhält, wie Neonazis, getarnt als Bürgerinitiativen, gegen Flüchtlingsunterkünfte vorgehen sollen, um die Stimmung innerhalb der Bevölkerung gegen Flüchtlinge anzuheizen. Vor diesem Hintergrund ist es alarmierend, dass Pegida auch nach fast einem Jahr regelmäßig mit mehreren tausend Menschen in Dresden aufmarschiert. Das Kalkül der extremen Rechten scheint aufzugehen.

In unseren Studien zum alltäglichen Rassismus haben wir festgestellt, dass rassistische Einstellungen nicht zwingend daran gebunden sind, ob es viele oder wenige Migrant/inn/en in einer Region gibt. Vielmehr zeigen rassistische Einstellungen das Bestreben, die eigene Vormachtstellung zu erhalten und zu sichern. Deshalb gilt heute wie in den 1990er Jahren auch: Das Problem heißt Rassismus.

Während Geflüchtete durch rassistische Agitationen bedroht werden, grenzt ihre „Unterbringung“ an eine humanitäre Katastrophe. Mitten in einem der reichsten Länder der Welt werden Zeltstädte oder Container errichtet, aus zahlreichen Unterkünften wird berichtet, dass den Geflüchteten nicht ausreichend Nahrung, Wasser und Hygieneartikel zur Verfügung gestellt werden und die Menschenrechte auf Gesundheit und Privatsphäre außer Kraft gesetzt sind. Wer solch einen künstlichen Notstand erzeugt, ist mitverantwortlich für die Taten der rechtsterroristischen Brandstifter.

Statt die Rechte von Geflüchteten noch weiter einzuschränken, muss es um den wirksamen Schutz von Flüchtlingen gehen. Deshalb sollten sich sowohl die zivilgesellschaftlichen wie auch die institutionellen Kräfte darauf konzentrieren, jedwede Angriffe auf Flüchtlinge und ihre Unterkünfte zu verhindern und die Würde des Menschen zu achten. ■

Presseerklärung DISS 25.8.2015: Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) www.diss-duisburg.de

So was kommt von so was

Rechte Gewalt in Sachsen

Der Sonntagvormittag nach den Gewaltexzessen von Heidenau. Die Pegida-Gruppe Chemnitz-Erzgebirge postet auf ihrer Facebook-Seite, tatsächlich in diesem Wortlaut: „Hey Politiker und Ihr von der scheiß Presse. Ihr braucht nicht mit den Fingern auf die Menschen zeigen denen der Kragen platzt. Ihr habt jenen Hass geschürt. Ihr habt Gewalt und Terror auf unsere Straßen gebracht. Ihr sollt aber gewarnt sein wir wissen das Ihr die Schuld tragt und wir werden dafür sorgen das Ihr euch dessen stets erinnert. Ihr eure Strafen bekommt. Ihr seid dem Deutschen Volk nicht würdig. Ihr habt euren Eid gebrochen. Ihr habt euer Volk und unser Land verraten.“ Rechtschreibung? Grammatik? Unwichtig! Es sind Gedanken, die häufig sind in Sachsen in diesen Tagen. Den Tagen, in denen Heidenau zum Symbol wurde.

Es gibt sie nicht erst seit jetzt, sondern sehr lange schon. Über 200 Angriffe hat es im ersten Halbjahr auf Flüchtlingsunterkünfte gegeben. Laut offiziellen Zahlen. 42 davon in Sachsen. Sachsen ist Spitze. Eine Auswahl aus der vergangenen Woche: Am Dienstag marschiert die NPD durch Riesa. Am Mittwoch: In Dresden eine AfD-Demo, in Meißen ist die „Initiative Heimatschutz“ am Start, in Heidenau die NPD samt ihrer Anhänger. Am Freitag ein Legida-Ableger in Grimma. Und dann die Krawalle in Heidenau – Landfriedensbruch mit Volksfeststimmung. Ein Mob von 1000 „besorgten Bürgern“ und „Asylkritikern“ gegen 136 Polizisten.

Überraschen kann diese Entwicklung nicht. Als Pegida den Rassismus auf die Straße trug, wurde der Dialog entdeckt. Von der Landeszentrale für politische Bildung über die üblichen Professoren bis zum Innenminister. Als die AfD zum Akteur wurde, verniedlichten sie Medien und konservative Politiker unisono als „euro-kritisch“. Und als die NPD zehn Jahre lang im Landtag war? Da hatte man sich schnell an die Situation gewöhnt.

Und der „Verfassungsschutz“? Er analysiert messerscharf: „Die überwiegende Mehrzahl asylkritischer Veranstaltungen im Freistaat Sachsen wird von nichtextremistischen Gruppen initiiert und getragen.“ Und: „Die asylkritischen Initiativen des Freistaates Sachsen sollten daher sensibel und mit deutlicher Abgrenzung auf das Engagement von Rechtsextremisten reagieren.“ Aber warum haben die in Heidenau nicht auf das Landesamt gehört?

So was kommt von so was. Die Zahlen, die das Innenministerium vor zwei Wochen genannt hat, sind längst überholt. Die präsentierten Pläne Schnee von gestern. Ein Gewaltausbruch mit Ansage wird durch Unterlassen ermöglicht. Kommunen werden erst informiert, wenn die Flüchtlinge bereits ankommen. Die „Generation Hoyerswerda“ reibt sich angesichts dieses Unvermögens die Hände. Und rüstet zum nächsten Pogrom. Sachsen 2015. Wann kommen die Blauhelme?

Gastkommentar von Kerstin Köditz, veröffentlicht in Junge Welt, 24. August 2015 ■

Rassistische Gewalt in Brandenburg

Angriffszahlen der Opferperspektive zeigen bedrohliche Lage für Flüchtlinge

Die rechte und rassistische Gewalt in Brandenburg steigt in diesem Jahr alarmierend. Mit 88 rechten Angriffen, die der Verein Opferperspektive bis Ende Juli registrierte, ist bereits nach 7 Monaten das Angriffsniveau des Vorjahres erreicht (2014 gesamt: 92 Fälle). Von einer hohen Dunkelziffer und von Nachmeldungen ist auszugehen. Das häufigste Tatmotiv ist Rassismus mit 50 Angriffen, weitere 23 Angriffe richten sich gegen politisch Aktive. Nach Kenntnis der Beratungsstelle sind von den Angriffen mindestens 250 Personen direkt oder indirekt betroffen.

Die Schwelle zur Gewalt ist wahrnehmbar gesunken und der überwiegende Teil der Angriffe sind gefährliche Körperverletzungen (37 Fälle) und einfache Körperverletzung (24 Fälle). Darüber hinaus sind Fälle von Bedrohungen, Sachbeschädigungen und Brandstiftungen an geplanten Flüchtlingsunterkünften von der Opferperspektive registriert worden.

„Dieses Angriffsniveau vor allem gegenüber geflüchteten Menschen und einen so hohen Anteil an Körperverletzungen haben wir seit langem nicht erlebt. Die Lage ist alarmierend. Anders als im Vorjahr lassen sich keine regionalen Schwerpunkte mehr ausmachen, denn die rassistischen Angriffe werden flächendeckend in Brandenburg verübt“, fasst die Geschäftsführerin des Vereins Opferperspektive Judith Porath die momentane Situation zusammen.

Angriffe sind Alltag

Die rassistische Stimmung in Brandenburg ist insgesamt stark gestiegen. Beleidigungen, Beschimpfungen und Angriffe erfolgen überall: im Supermarkt, im Wohnumfeld, auf der Straße, am Bahnhof und in der Umgebung von Gemeinschaftsunterkünften. Teilweise werden die Taten von organisierten Neonazis begangen, auffallend ist aber der steigende Anteil an Täter_innen, die sich selbst nicht diesen Strukturen zuordnen.

„Wir erfahren aus Beratungsgesprächen immer wieder, dass Menschen aus Angst vor weiteren Attacken nur noch für die wichtigsten Erledigungen das Haus verlassen. Rassistische Gelegenheitstäter_innen fühlen sich offenkundig durch die allgemeine Mobilisierung gegen Flüchtlinge bestärkt ihre Menschenverachtung und ihren Hass spontan in Gewalt umzusetzen,“ erläutert Judith Porath die bedrohliche Lage für Flüchtlinge.

In Hennigsdorf greift ein Mann Anfang August zwei Asylsuchende mit einer abgeschlagenen Bierflasche an und verletzt sie schwer, einer der Angegriffenen erleidet eine tiefe Schnittwunde nahe der Halsschlagader. Bei den rassistischen Angriffen ist versuchter Totschlag jedoch nur die Spitze des Eisberges:

In Frankfurt/Oder wird eine Gruppe syrischer Flüchtlinge zwei Stunden durch die Stadt gejagt und zusammengeschlagen, Flüchtlinge in Wriezen werden aus einem Auto heraus mit Flaschen beworfen, in Cottbus rammt ein Mann einer schwangeren Frau aus Tschetschenien mehrmals einen Einkaufswagen gegen den Bauch, vor einer Gemeinschaftsunterkunft in Potsdam attackieren Männer aus der benachbarten Autowerkstatt einen somalischen Flüchtling mit Werkzeugen. Neonazis schikanieren in Hennigsdorf den Betreiber eines Imbiss und greifen ihn und sein Personal so häufig an, bis sich keiner mehr für ihn zu arbeiten traut. An einer Bushaltestelle in Cottbus erhält ein Student aus Kamerun mehrere Faustschläge ins Gesicht – das ist nur eine Auswahl der Angriffe der letzten Monate.

Rassistische Hetze nicht weiter fördern

Der alarmierende Anstieg rassistischer Gewalt in Brandenburg ist nach Einschätzung der Opferperspektive auf die massive Mobilisierung gegen Flüchtlinge in Politik, Medien und in den sozialen Netzwerken zurückzuführen. Lokale Initiativen, oft verwoben mit rechten Organisationen, hetzen gegen Flüchtlinge und organisieren Kundgebungen vor Gemeinschaftsunterkünften. In der Presse →

bestimmen seit Monaten Szenarien von Notstand die Berichterstattung über Flucht und Asyl und heizen das rassistische Klima an. Politiker_innen und Behörden gießen Öl ins Feuer, indem sie über Flüchtlinge nur als Massenphänomen sprechen und den Eindruck vermitteln, zu viele Menschen suchten in Deutschland Schutz vor Krieg, Verfolgung und Hunger.

„Zeigen Politiker_innen auch noch Verständnis für die ‘diffusen Ängste und Sorgen’ von Rassist_innen und fordern mehr Maßnahmen zur Abschreckung von Flüchtlingen, erinnert uns das an die verheerende ‘Das Boot ist voll’-Rhetorik der 1990er Jahre“, bemerkt Judith Porath von der Opferperspektive.

„Es ist für uns unerträglich, wenn Rassist_innen und Neonazis vor Flüchtlingsunterkünften aufmarschieren und Bewohner_innen einschüchtern und bedrohen können. Es ist unerträglich, wenn Politiker_innen Flüchtlinge verunglimpfen und ihnen massenhaften Asylmissbrauch unterstellen und damit Sozialneid schüren, denn die rassistischen Täter_innen fühlen sich dadurch in ihren Vorurteilen bestärkt“, so Judith Porath weiter.

Vor dem Hintergrund des dramatischen Anstiegs der rassistischen Gewalttaten in Brandenburg fordert der Verein Opferperspektive die Landesregierung auf, alle Maßnahmen zu ergreifen der rassistischen Stimmung entgegenzuwirken und klare solidarische Signale für die Aufnahme von geflüchteten Menschen in Brandenburg zu setzen. Dazu gehört es unabdingbar, Flüchtlinge menschenwürdig unterzubringen, ihnen das Ankommen durch begleitende Programme zu ermöglichen und vor allem für ihren Schutz vor Gewalt und Bedrohungen zu sorgen.

Pressemitteilung 24.08.2015
Verein Opferperspektive Brandenburg ■

Kein Platz für Nazis!

Zusammen gegen den NPD-Bundesparteitag! Für eine solidarische, weltoffene und menschliche Gesellschaft!

Aufruf der VVN-BdA

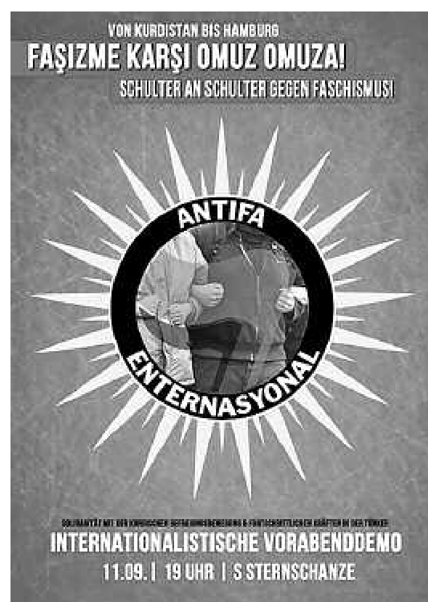
Nachdem die neofaschistische „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) bereits in den Jahren 2013 und 2014 ihre Bundesparteitage im nordbadischen Weinheim durchgeführt hatte, will die extrem rechte Partei im November 2015 wieder an der Bergstraße tagen. Kader und Funktionäre der Nazi-Partei aus der gesamten Bundesrepublik wollen sich nun zum dritten Mal in Folge in der nordbadischen Stadt versammeln, um ihre rassistische, nationalistische Politik zu planen, für ihre menschenverachtenden Ziele zu werben und ihre demokratiefeindliche Strategie zu entwickeln. Dabei knüpfen sie an gesellschaftlich weit verbreitete Vorurteile an. Im Herbst 2014 hatte die Stadtverwaltung Weinheims zunächst die Vermietung ihrer Stadthalle an die NPD verweigert. Eine darauffolgende Klage der Partei war anfangs vom Verwaltungsgericht und dem Verwaltungsgerichtshof zurückgewiesen worden. Erst der Staatsgerichtshof Baden-Württemberg verpflichtete die Stadt dazu, der NPD die Stadthalle zur Verfügung zu stellen. Bereits im April 2013 war die NPD in Weinheim zusammengekommen. Damals hatten die Rechten ihren Bundesparteitag in einem Gasthaus im Stadtteil Sulzbach abgehalten. Kurz zuvor, am 17. März 2013, war am selben Ort schon der Parteitag des baden-württembergischen NPD-Landesverbandes zusammengekommen. Zum Landesvorsitzenden wurde damals der ehemalige Posträuber und Kroatien-Söldner Alexander Neidlein gewählt. Die Reservierung der Stadthalle für den diesjährigen NPD-Bundesparteitag wurde für den 21. und 22. November von der Weinheimer Stadtverwaltung bestätigt. Zudem liegen Anfragen für das Jahr 2016 vor. Die Aktivitäten der NPD sowie neonazistischer AktivistInnen haben sich in den vergangenen Monaten gesteigert. Die Zahl rassistischer Kundgebungen und Demonstrationen sowie der direkten Angriffe auf Geflüchtete und deren Unterkünfte ist 2015 rapide angestiegen. Die Grundlage für Mordversuche, Körperverletzungen und Psycho-Terror an den ohnehin oft traumatisierten Flüchtlingen liefert die NPD mit ihrer Ideologie, die in vielen Elementen dem Programm der historischen NSDAP entnommen wurde. Gewalt gegen MigrantInnen, Jüdinnen und Juden, Homosexuelle oder Andersdenkende wird in der NPD und ihrem Umfeld nicht nur geduldet, sondern es wird gewaltbereiten Nazis eine politische Heimat geboten.

Warum gerade in Weinheim?

Ab Mitte der 1970erJahre machte Günter Deckert (nicht nur) in Weinheim von sich Reden. Von 1976 bis 1999 saß der verurteilte Holocaust-Leugner mal für die NPD, mal für die „Deutsche Liste“ im Weinheimer Gemeinderat. Von 1989 bis 1999 war er zudem Kreisrat im Rhein-Neckar-Kreis. Bundesvorsitzender der NPD war Deckert von 1991 bis 1996. In dieser Zeit öffnete sich die Partei neonazistischen Zirkeln und verbotenen Gruppierungen. Die NPD radikalisierte sich und nahm unter Deckerts Führung offen nationalsozialistische Elemente in ihre Ideologie auf. 2005 wurde Deckert – zu diesem Zeitpunkt baden-württembergischer Landesvorsitzender der NPD – seiner Parteiämter enthoben. Knapp zwei Jahre später folgte dann der Parteiausschluss. Der mehrfach wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhass verurteilte Deckert bewegt sich spätestens seit dem Spätjahr 2014 wieder im Umfeld der regionalen NPD. Deckerts Kommentare sind auf der Internetseite des Kreisverbands zu finden, und im Dezember 2014 referierte Deckert bei der regionalen NPD in Weinheim zum Thema „Asylflut“. Daneben macht die Partei Werbung für die Veranstaltungen des „Deutschen Kreis Kurpfalz“ – ein seit Jahren aktiver rechter Zirkel Deckerts. Mit Jan Jaeschke verfügt der NPD-Kreisverband Rhein-Neckar über einen fast schon hyperaktiven Vorsitzenden. Der Funktionär, der auch im baden-württembergischen Landesvorstand der Partei sitzt, rühmt sich damit, dass sein Verband die „aktivste Gruppe innerhalb des NPD-Landesverbands“ sei. Das hatte das baden-württembergische Innenministerium Mitte 2013 quasi so bescheinigt. Der in Weinheim wohnhafte Jaeschke genießt angesichts seines Aktivismus offenbar einiges an Renommee in der Partei, auch wenn die aktionistischeren und militanteren Kreise der rechten Szene ihn immer wieder belächeln. Der Kreisvorsitzende fährt – zumindest nach außen – ganz die Linie des aktuellen Parteivorsitzenden Frank Franz, der der Wahlpartei einen seriösen, bürgernahen Anstrich verpassen möchte. Sein Amtsvorgänger Holger Apfel war mit dieser „seriösen Radikalität“ gescheitert. Vor allem vom radikaleren Flügel der NPD hagelt es diesbezüglich immer wieder Kritik. Wir stellen uns gegen alle Versuche, neonazistische Umtriebe nicht nur in der Rhein-Neckar-Region zu verschweigen oder zu verharmlosen. Wer schweigt stimmt zu! Wir wehren uns auch gegen alle Versuche, den Widerstand gegen Neonazis in „gut“ und „schlecht“ spalten zu wollen! Die Zusammenarbeit mit allen Nazi-GegnerInnen hat sich in der jüngsten Vergangenheit bei vielen Protesten gegen die NPD und andere Nazi-Gruppierungen bewährt – ob in Mannheim oder Heidelberg, in Wiesloch oder Ladenburg. Die VVN-BdA stellt sich gegen jegliche Tendenzen, antifaschistischen Widerstand zu kriminalisieren. Neonazis und der NPD entgegenzutreten ist eine Entscheidung

Von Kurdistan bis Hamburg:

Faşizme Karşı Omuz Omuza! – Schulter an Schulter gegen Faschismus!



Am 12.09. wollen die sogenannten „deutschen Patrioten" in Hamburg gegen geflüchtete und andersgläubige Menschen auf die Straße gehen und ihre rassistische Hetze äußern.

Biji Berxwedana Rojava!

Am 15.09. jährt sich der Tag des Angriffs des Islamischen Staats (IS) auf den Kanton und die Stadt Kobanê. Diese militärischen Attacken des IS gelten dem basisdemokratischen Aufbau in Rojava, insbesondere der Frauenbefreiung. Seit dem Jahr 2012 findet in Rojava (Westkurdistan/Nordsyrien) eine Revolution statt, in der die unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen ihr Leben fernab von staatlicher Logik, selbstverwaltet und eigenständig organisieren. Frauen und Jugend stellen in diesem Prozess eine treibende Kraft dar, denn ohne ihre Befreiung kann auch die Gesellschaft nicht frei sein. Durch den Kampf gegen Unterdrückung jeder Art stellt Rojava eine Alternative zu den antidemokratisch-kapitalistischen, islamistischen und sexistischen Kräften in der Region dar.

Auch im Umgang mit Geflüchteten nimmt das Gesellschaftsprojekt in Rojava einen fortschrittlichen Charakter ein und ist für viele Menschen eine sicher Insel inmitten des Krieges – so ist im Gesellschaftsvertrag von Rojava das Recht auf Asyl für alle (!) Geflüchteten festgeschrieben. Ein Recht das im achso fortschrittlichen Deutschland längst ausgehebelt und untergraben ist.

Neuer Internationalismus in antifaschistischer Tradition

Angeführt werden die Kämpfe gegen den IS und die Verteidigung der Revolution von den Frauen- und Volksverteidigungseinheiten der YPJ/YPG und den bewaffneten Kräften der PKK.

Internationalist_innen aus der ganzen Welt beteiligen sich an diesem Kampf: von Japan über Australien, Türkei bis Deutschland, Spanien bis USA. Viele dieser Internationalist_innen sehen sich in einer antifaschistischen Tradition zu den Internationalen Brigaden, die in den 1930er Jahren gemeinsam gegen die faschistische Machtergreifung Francos in Spanien, Katalonien und im Baskenland kämpften.

Staatsterrorismus der Türkei

Es ist nicht nur der IS, der mit allen Mitteln versucht, das basisdemokratische Projekt in Rojava zu vernichten, sondern es ist vor allem auch die türkische AKP-Regierung, der die erstarkte kurdische Bewegung, das Modell Rojava und der Wahlerfolg der linken HDP in der Türkei ein Dorn im Auge ist und die jetzt mit aller Wucht zuschlägt, das gesamte Land in einen Bürgerkrieg zieht, den Friedensprozess mit der PKK zerstört und damit versucht, ihre Macht innerhalb der Türkei aufrecht zu erhalten. Ein stark ausgeprägter Nationalismus und die Unterdrückung von Minderheiten sind ein fest verwurzelter Bestandteil der türkischen Staatsideologie.

Deutsch-Türkische Freundschaft

Unterstützung erhält die türkische Regierung durch die deutsche Bundesregierung, welche Waffen an die Türkei exportiert und gleichzeitig an die repressive Politik der AKP anknüpft, indem Kurd_innen in Deutschland weiterhin durch das PKK-Verbot und den § 129b kriminalisiert werden. Mit dieser Politik unterstützt Deutschland letztendlich den blutigen Terror des IS, die kriegstreibende Politik der Türkei gegen die kurdische Bewegung und die Verfolgungsstrategie des türkischen Staates gegen demokratische und fortschrittliche Kräfte!

Solidarität heißt Widerstand!

Unser Kampf in Deutschland gegen Faschismus, Patriarchat und Kapital ist nicht losgelöst von den Kämpfen in der Türkei und Kurdistan, sondern Teil dieser Kämpfe. Wir kämpfen international für eine befreite Gesellschaft. Die Revolution in Rojava hat vielen Menschen neuen Mut, Kraft und Hoffnung gegeben – Hoffnung das fortschrittliche gesellschaftliche Veränderungen möglich sind. Lasst uns gemeinsam auch hier für eine revolutionäre Perspektive kämpfen, lasst uns die Genoss_innen in Rojava unterstützen! Konkret heißt dies:

- **Türkei und IS: Hände Weg von Kurdistan!**
- **Grenzen auf für Hilfslieferungen nach Rojava – Schluss mit dem Embargo**
- **Weg mit dem PKK Verbot!**
- **Keine Waffenlieferungen der BRD an Türkei, Saudi-Arabien & Qatar!**
- **Freiheit für Abdullah Öcalan und alle politischen Gefangenen!**
- **Keine Kriminalisierung antifaschistischer Internationalist_innen , die sich der YPG/YPJ anschließen!**

Lasst uns in Hamburg gemeinsam am Abend des 11.09. unter dem Motto: Faşizme Karşı Omuz Omuza!! auf die Straße gehen und uns am 12.09. entschlossen der rassistischen Hetze entgegenstellen!

Weitere Informationen zur Lage in der Türkei & Kurdistan: ISKU – Informationsstelle Kurdistan • YXK – Verband der Studierenden aus Kurdistan

Infos gegen den Naziaufmarsch am 12.09. www.nichteinentag.tk ■

---

für eine solidarische Gesellschaft, in der alle Menschen gleiche Rechte haben, unabhängig von Hautfarbe, Herkunft, sexueller Orientierung oder religiösen Ansichten. Die VVN-BdA erklärt sich solidarisch mit allen, die dieses Ziel teilen. Die Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes – Bund der AntifaschistInnen (VVN-BdA) sowie weitere antifaschistischen Gruppen rufen für den 21. und 22. November 2015 zu Aktionen gegen den Parteitag rund um die Weinheimer Stadthalle auf. Am Samstag, 21. November, wird in Weinheim eine Demonstration unter dem Motto „Gegen den NPD-Parteitag vorgehen! Rassismus und völkischem Nationalismus entgegentreten!" stattfinden. Diese startet um 13.00 Uhr am Bahnhof in Weinheim.

Für eine Welt ohne Ausgrenzung und Menschenverachtung! Für das Verbot von NPD und JN! Für ein Verbot aller faschistischen Parteien und Organisationen! Gemeinsam gegen den NPD-Parteitag vorgehen! Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg

28.8.2015
www.vvn-bda.de ■

Wir haben die Chance umzusteuern…

Am 26.8.2015 stellten in Köln die im Stadtrat vertretenen Fraktion DIE LINKE / Piraten-Gruppe / Gruppe DEINE FREUNDE ihren Vorschlag zur entwicklung eines Gesamtkonzepts zur Flüchtlingsunterbringung vor, das inzwischen vom Rat der Stadt Köln beschlossen wurde. Im Folgenden Auszüge aus der Pressekonferenz sowie des Vorschlags.

Zum dritten Mal bringen LINKE, Piraten und Freunde einen wichtigen Antrag zur Flüchtlingspolitik in den Rat ein. Unsere Initiative für die Mindeststandards war wichtig und wurde im Rat beschlossen.

Heute ist die Situation dramatischer denn je. Das wissen Sie. Da Sie heute Morgen in Chorweiler die Zeltunterbringung anschauen konnten, kennen Sie die Zustände. Neben dieser Landeseinrichtung müssen wir noch viel mehr Wohnraum schaffen. Die Stadt Köln geht nunmehr davon aus, dass jeden Monat 800 Flüchtlinge kommen, und dass mindestens 2200 Wohnplätze bis Ende des Jahres fehlen.

Wir, die hier sitzen, wollen Zelte verhindern. Das wird aber nur gehen, wenn die Verwaltung ihre Anstrengungen vervielfacht.

Deshalb fordern wir in unserem Antrag ein Gesamtkonzept, das ermöglichen soll, dass die Verwaltung in einem ganz anderen Umfang agieren und handeln kann. Dazu braucht sie Unterstützung vom Rat, von allen Kölnerinnen und Kölnern, aber vor allem auch Unterstützung von Bundes- und Landesbehörden.

Wir haben in unserem Antrag auch neue Wege aufgezeigt. Die Möglichkeiten des Baurechts, des Vergaberechts, aber auch des Ordnungsrechts müssen voll ausgeschöpft werden. Wir brauchen eine neue Betrachtung der Liegenschaften.

Warum können wir nicht in Flughafen-Nähe Wohnungen für Flüchtlinge in Systembauweise erstellen? Das ist nicht einzusehen!

Warum werden das Ordnungsbehördengesetz und die Möglichkeit der Beschlagnahme nach § 19 nicht angewandt?

Die Verwaltung verschanzt sich hinter Urteilen, die das verneinen. …

Ich finde ja solche Redewendungen wie „ein Ruck muss durch die Stadt gehen“ blöde.

Ich dagegen sage, Deutschland hat in seiner Geschichte schon mehrfach Flüchtlinge und Zugereiste menschenwürdig untergebracht. Das müssen wir diesmal auch schaffen. …

Der zweite Schwerpunkt unseres Antrages ist der Vorschlag, einen Dezernenten oder eine Dezernentin für Integration, Flucht und Einwanderung zu schaffen.

Wir müssen jetzt schnell handeln. Und die Aufgaben müssen gebündelt werden. Auch in der Verwaltung gibt es Überlegungen, neben der Task Force neue Gremien zu schaffen. Frau Klug sprach von einer zusätzlichen „Strategie-Gruppe“.

Wir brauchen eine Person mit einem Amt im Rücken, die sich tagtäglich für die Anliegen der Flüchtlinge einsetzt und nicht nur jeden Freitag zwei Stunden in der Task Force. Wir werden Ende des Jahres in Köln 10 000 Personen haben, die wir integrieren müssen. Und dann werden noch mehr Flüchtlinge kommen. …

Diese Menschen bringen Potentiale, Kenntnisse und kulturelle Vielfalt mit. Wir dürfen nicht die Fehler der Vergangenheit wiederholen. Wir müssen ihre Möglichkeiten schnell erschließen und den Menschen eine Chance und Perspektive geben.

Es gibt auch in anderen Städten, z.B. in Münster, Überlegungen Flüchtlingsdezernate einzuführen. …

Wir haben jetzt die Chance umzusteuern und der Integration mehr Gewicht und Bedeutung zu geben. Das ist sozialer, integrativer, menschlicher und letztlich auch finanziell tragfähiger für Köln.

Fraktion DIE LINKE
Piraten-Gruppe
Gruppe DEINE FREUNDE

Gesamtkonzept zur Flüchtlingsunterbringung

…Die aktuellen Flüchtlingszahlen machen größere und konzertierte Anstrengungen in der Errichtung von Flüchtlingsunterkünften nötig. Die Bundesregierung geht inzwischen davon aus, dass 800 000 Flüchtlinge in diesem Jahr aufgenommen werden. Dadurch entsteht eine neue Situation. Auch in Köln sind in den letzten Monaten schon deutlich mehr Geflüchtete angekommen als zuvor.

In den letzten Monaten hat die Verwaltung die monatlichen Prognosen über absolute Zuwächse laufend verändert. Waren es zunächst 100 Flüchtlinge im Monat, waren es zu Beginn des Jahres 300, im Juli 500 und mit den neuen Zahlen der Bundesregierung werden es ca. 800 Flüchtlinge monatlich mehr sein, die in Köln zukünftig leben werden. Bis Ende des Jahres fehlen voraussichtlich mindestens 2200 Wohnplätze.

Das Jugendamt ist schon heute überfordert damit, den vielen allein einreisenden Kindern und Jugendlichen ausreichend zu helfen. Die Kita- und Schulplätze reichen nicht aus, so können nicht für alle in kurzer Zeit adäquate Bildungsangebote unterbreitet werden.

Flüchtlinge bringen große Potentiale in diese Stadt. Sie bereichern das gesellschaftliche und kulturelle Leben. Für ein gutes Einleben in ihrer neuen Heimat ist es unabdingbar, dass ihnen von Anfang an Wertschätzung und Respekt entgegengebracht wird und sie sich willkommen fühlen.

Deswegen stellen Rat und Verwaltung in Köln sich den Herausforderungen und wollen mit konzentrierten Anstrengungen Flüchtlinge menschenwürdig unterbringen und versorgen.





Die in der Pressekonferenz erwähnte Flüchtlingszeltstadt in Köln-Chorweiler; Foto: M.K.

Wie viel Staat steckt im NSU?



Aktion vor dem Landtag NRW; Foto: PB

KÖLN/DÜSSELDORF. Am Mittwoch, den 19.8.2015 hat die „Initiative Keupstraße ist überall“ – unterstützt von Düsseldorfer Antifaschist_nnen – vor dem Landtag NRW eine Kundgebung und Demonstration unter dem Motto „Staat und Nazis Hand in Hand – den NSU-Komplex aufklären“ durchgeführt. An diesem Tag begann der Parlamentarische Untersuchungsausschuss (PUA) mit ersten Zeugenbefragungen zu den Taten des NSU in NRW. Ca. 50 Menschen beteiligten sich.

Auf Transparenten, in Reden und mit Flugblättern wurde klar gemacht, dass ein Aussitzen des NSU-Komplexes auch in Nordrhein-Westfalen nicht in Frage kommt. Durch die Arbeit anderer Untersuchungsausschüsse sind bereits zahlreiche verborgene Fakten zum NSU ans Tageslicht gekommen. Dies konnte auch deshalb gelingen, weil das von antirassistischen Initiativen, antifaschistischen Gruppen und durch Recherchen von Einzelpersonen erarbeitete Wissen über den NSU-Komplex genutzt wurde. Diese Offenheit erwartet die Initiative auch vom derzeitigen parlamentarischen Untersuchungsausschuss in NRW.

Die Initiative hat sich vorgenommen, auch weiterhin in Düsseldorf präsent sein, denn der Untersuchungsausschuss wird nur dann effektiv funktionieren, wenn er von einer breiten Öffentlichkeit kritisch begleitet und seine Arbeit beobachtet wird. Wenn die Betroffenen des Nagelbombenanschlags aus der Keupstraße aussagen, wird die Initiative sie wie in München dabei begleiten und unterstützen.

An diesem ersten Tag, an dem Zeugen aus der Kölner Staatsanwaltschaft und Polizei vor dem Untersuchungsausschuss aussagten, hat sich erneut von Seiten der Ermittlungsbehörden eine erschreckende Ignoranz gegenüber rassistischen Strukturen gezeigt. Selbst nach den aufgedeckten Skandalen und der mittlerweile belegten Verstrickung von Behörden und NSU-Netzwerk bleiben die Ermittler von damals bei ihrer Taktik des Mauerns, Herunterspielens und Nicht-Erinnern-Könnens.

Es ist wichtig, dass der PUA diese Taktik nicht akzeptiert und auf einer lückenlosen Aufklärung beharrt.

Rassismus bekämpfen – NSU-Komplex auflösen

www.keupstrasse-ist-ueberall.de

Bilder: Aktion vor dem Landtag NRW

Der Beschluss

Die Verwaltung erstellt kurzfristig – unter Mitwirkung des Runden Tisches für Flüchtlingsfragen – ein Gesamtkonzept zur Unterbringung, Betreuung und Integration der Flüchtlinge in Köln, mit dem sie sich den neuen Herausforderungen stellt. Dieses Gesamtkonzept soll folgende Maßgaben berücksichtigen:

Die Unterbringung in Zelten soll unterbleiben.

Weitere Sozialwohnungen – über die 1000 beschlossenen hinaus – werden geschaffen. Dazu müssen kurzfristig Pläne entwickelt werden.

Der Bau von weiteren Wohnungen für Flüchtlinge in modularer Bauweise soll vorangetrieben werden. Hierzu muss die Verwaltung verstärkt geeignete Grundstücke bereitstellen.

Liegenschaften des Bundes und des Landes Nordrhein-Westfalen werden miteinbezogen.

Wenn möglich sollen weitere Liegenschaften der Stadt Köln und von Privaten erschlossen werden, die im Moment nicht für den Wohnungsbau vorgesehen sind.

Die Beschlagnahmemöglichkeiten im Sinne des § 19 des Ordnungsbehördengesetzes Nordrhein-Westfalen sollen voll ausgeschöpft werden.

Das Amt für Wohnungswesen wird kurzfristig personell aufgestockt.

Das Jobcenter und die Bundesanstalt für Arbeit werden gebeten, die Anstrengungen für Qualifizierung und Vermittlungen von Flüchtlingen zu verstärken und jeweils in einer Dienststelle zu bündeln.

Für die Betreuung von Flüchtlingen werden Sozialarbeiter/-innen nach dem Mindeststandard 1:80 eingestellt und die Betreuung für besonders Schutzbedürftige verstärkt.

Das Ergebnis der beschlossenen Erarbeitung von Mindeststandards soll in das Gesamtkonzept einfließen.

Neben der Task Force wird ein neues Dezernat für Integration, Flucht und Einwanderung geschaffen. Es ist mit ausreichend Personal zu besetzen. Im neu geschaffenen Dezernat werden u. a. die Aufgaben Bereitstellung von Unterkünften, sozialpädagogische Betreuung der in den Unterbringungseinrichtungen lebenden Flüchtlinge, Vermittlung in Schul- und Kitaplätze, Durchführung von Deutschkursen, Vermittlung in Arbeit und Ausbildung gebündelt. Eine Zusammenarbeit mit den Trägern der Flüchtlingsarbeit, den Willkommensinitiativen und den Bürgerämtern ist unverzichtbar. Eine neue Zuständigkeitsordnung ist dem Rat vorzulegen.

Der Rat spricht sich dafür aus, die ab Mitte September 2015 anlaufenden Maßnahmen aus dem Integrationsbudget ohne Unterbrechung im Jahr 2016 weiterzuführen und zu finanzieren.

Der Rat der Stadt Köln appelliert erneut an den Bund und das Land Nordrhein-Westfalen, die Kosten zur Unterbringung der Flüchtlinge vollständig zu unternehmen. Der Rat der Stadt Köln schließt sich der Forderung des Deutschen Städtetags an, der Bund solle die Mittel zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus verdoppeln.

Der Rat der Stadt Köln appelliert an den Bund und das Land Ausnahmetatbestände zu ermöglichen, die ein unbürokratisches Handeln bei der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen möglich machen. Betroffen sind u. a. die Rechtsgebiete Vergaberecht, Baurecht und Ordnungsrecht. ■

Frankreich, Front National:

Ausschluss des „Alten" nunmehr definitiv erfolgt. Unterdessen toben die Linienkonflikte um die ‚richtige' Strategie. Querfront der EU-Gegner oder klassisch rechtsreaktionäre Blockbildung?

Hat die Parteiführung nun endlich ihre Ruhe, oder wird der bockige „Alte" uoch wieder den Betriebsfrieden stören? Am kommenden Wochenende, dem 5. und 6. September 2015, wird es sich erweisen. Dann findet in Marseille die diesjährige „Sommeruniversität" des rechtsextremen Front National (FN) statt.

Ihren Mitgründer – im Jahr 1972 – und langjährigen Vorsitzenden Jean-Marie Le Pen hat die französische Partei am 20. August dieses Jahres, nach langen und zähen Auseinandersetzungen und Prozeduren (Wir berichteten), nunmehr aus ihren Reihen ausgeschlossen. Doch der mittlerweile 87jährige, der zuletzt seit Januar 2011 noch den Titel eines „Ehrenpräsidenten" führte, nachdem er damals den Parteivorsitz an seine heute 47jährige Tochter abgegeben hatte, will nicht klein begeben. Und er könnte tatsächlich die Veranstaltung in der Mittelmeermetropole mit einem unerbetenen Auftreten beeinträchtigen. Am Samstagvormittag, vor Eröffnung der „Sommeruniversität", tritt Jean-Marie Le Pen jedenfalls an einem anderen Ort in derselben Stadt, im 13. Marseiller Bezirk, bei einem politischen Festessen oder Frühschoppen in Erscheinung. Ob er danach seine bisherigen Parteifreunde mit einem unerwünschten Besuch beehren wird, ist derzeit noch offen. Doch für den Fall der Fälle hat der rüstige Altpolitiker bereits „Enthüllungen" angedroht.

Hochburg Südost

Besonders in Südostfrankreich, wo er bei der letzten Regionalparlamentswahl im März 2010 als Spitzenkandidat für die Region PACA (Provence-Alpes-Côte d'Azur) angetreten war und etwa bei den Parlamentswahlen 1993 in Nizza zur Nationalversammlung kandidiert hatte, behält Jean-Marie Le Pen – von Freund und Feind oft kurz „JMLP" genannt – nach wie vor treue Anhänger. Eine Reihe lokaler Parteifunktionäre haben sich dort, im Südosten, bereits zusammengeschlossen, um ihren Altvorderen zu verteidigen. Neun Abgeordnete im Marseiller Regionalparlament erklärten etwa am Montag, den 24. August 2015, die „nordkoreanischen Führungsmethoden" der aktuell amtierenden Parteileitung nicht länger zu akzeptieren.

Das Auftreten einer konkurrierenden Liste JMLP-getreuer Anhänger, die neben der und gegen die offizielle Kandidatenliste der Partei antreten würde, bei den kommenden Regionalparlamentswahlen vom 6. und 13. Dezember dieses Jahres wird besonders im Südosten Frankreichs nicht ausgeschlossen. Allerdings finanziert „JMLP", der dank des Mitte der 1970er Jahren angetretenen Erben eines geistig umnachteten Anhängers (des Zementerben Humbert Lambert) noch immer schwerreich ist, dem Vernehmen nach zur Zeit auch mehrere Bewerber auf den offiziellen Parteilisten. Auf regionaler Ebene werden die Bewerberinnen und Bewerber des FN durch seine Enkelin Marion Maréchal-Le Pen in die Wahl geführt.

Jean-Marie Le Pen will nicht nur politisch und kampagnenmäßig, sondern auch juristisch gegen seinen im August d. J. erfolgten Parteiausschluss vorgehen. Bereits einmal hat er sich erfolgreich wieder in die Reihen der von ihm mit gegründeten „Bewegung" hineingeklagt. Am 4. Mai 2015 war er von seinen Mitgliedsrechten „suspendiert", also mit einem vorübergehenden Ausschluss belegt worden. Voraus ging der Streit um zwei Interviews mit ihm, die in der ersten und zweiten Aprilwoche erschienen waren. Darin hatte er erneut, wie mehrfach seit 1987, den Holocaust relativiert und so offen wie noch nie den Marschall Pétain, den Chef des mit NS-Deutschland zusammenarbeitenden Kollaborateursregimes von 1940 bis 44, in Schutz genommen. Der jüngeren Führungsgeneration gilt dies alles als heutzutage kontraproduktiv, man möchte sich lieber auf „zeitgemäße" Agitation gegen Einwanderer und insbesondere gegen eine „muslimische Bedrohung" konzentrieren.

Ein (demokratisch auftretender) Ernst Röhm des 21. Jahrhundert?

Jean-Marie Le Pen schießt sich unterdessen vor allem auf den 33jährigen Vizevorsitzenden der Partei ein, Florian Philippot, unter anderem aufgrund dessen öffentlich bekannter Homosexualität. Dieser, der eher als Verkörperung der „etatistischen" und mit sozialdemagogischen Slogans auftretenden Linie gilt, aber auch als „Technokrat" und blutleerer Intellektueller, geriert in jüngster Zeit innerparteilich unter Beschuss. Die von ihm propagierte wirtschafts- und sozialpolitische Linie unterliegt seit einigen Monaten wirtschaftsliberalen Korrekturen. Dabei konnte Phlippot doch soeben, aus seiner Sicht jedenfalls, eine Bestätigung seines Kurses erfahren: Der bisher eher als „links" – mit allen Anführungszeichen der Welt… -geltende, eher etatistische, meist keynesianisch argumentierende und zugleich als EU-Gegner auftretende Wirtschaftswissenschaftler Jacques Sapir brach in der letzten Augustwoche einem Bündnis mit dem FN eine Lanze.

Querfront-Idiot

Sapir kann darüber hinaus als beinahe hauptberuflicher Putin-Versteher gelten, seine Webseite heißt bezeichnenderweise „RussEurope". Vor kurzem nun griff er einen ursprünglich von dem italienischen Mitte-Links-Politiker und früheren Vizefinanzminister Stefanon Fassina am 11. August 2015 publizierten Appell begierig auf[1]. Fassina hatte sich dafür ausgesprochen, im Angesicht der Behandlung Griechenlands durch die EU-Institutionen und durch Deutschland müssten jetzt in anderen EU-Staaten überall parteiübergreifende „nationale Befreiungsfronten" entstehen.

Jacques Sapir ließ sich dies nicht zweimal sagen. In mehreren Interviews[2] sprach er sich dafür aus, um eine angeblich der griechischen Partei Syriza vergleichbare Kraft in Frankreich zu bilden – allerdings in seinen Augen mit dem bewusst gesteckten Ziel, aus dem Euro auszutreten und der europäischen Währung ein Ende zu setzen, was Syriza hingegen ablehnt – müsste eine faktische Querfront entstehen. Die laut Sapir zu bildende „nationale Befreiungsfront" solle EU-gegnerische Kräfte der Linken, aber auch konservative Rechte wie den „gaullistischen" Isolationisten und Nationalneutralisten Nicolas Dupont-Aignon umfassen – sowie den ihm zufolge angeblich, seit dem Antritt des Parteivorsitzes durch Marine Le Pen 2011, de-

---

1 Vgl. http://russeurope.hypotheses.org/4235

2 Vgl. hier ein Interview mit einer aggressiv neokonservativ-reaktionären Zeitschrift: http://www.causeur.fr/jacques-sapir-euro-fn-melenchon-34274.html?utm_source=Envoi+Newsletter&utm_campaign=1a31bf0a33-Newsletter_14_08_15_copy_01_8_14_2015&utm_medium=email&utm_term=0_e89bc7d32d-1a31bf0a33-39307489

mokratisch geläuterten[3] Front National[4]. Teile der Linken reagierten mit einem Aufschrei auf dieses Ansinnen[5], das Sapir mittlerweile mehrfach ausdrücklich bekräftigt hat.

Späterhin führte Sapir etwa gegenüber Libération aus[6], sein angebliches Vorbild sei der „Nationale Widerstandsrat“ CNR, in dem während des Zweiten Weltkriegs und im Widerstand gegen die Besetzung durch Nazideutschland unter anderem die Französische kommunistische Partei und gaullistische Kräfte zusammengeschlossen waren. Dass der FN dabei allerdings weitaus eher in der Tradition der Nazi-Kollaborateure denn jener der Résistance steht – auch wenn Marine Le Pen es im Gegensatz zu ihrem Vater nicht ausdrücklich sagen lässt -, schien Sapir dabei nicht zu stören. Die Partei habe sich gewandelt, fügte er hinzu, und ferner sei ihm „lieber, wenn die FN-Funktionäre jetzt Jacques Sapir und Emmanuel Todd lesen, als wenn sie antisemitische Klassiker des 19. Jahrhunderts studieren“.

Zuletzt lieferte Sapir in den letzten Augusttagen 2015 auf den Webseiten des nationalistischen Querfrontprojekts Comité Valmy, das unter anderem aus national gewendeten französischen Stalinisten besteht, eine neue Begründung. (Der dort publizierte Text wurde u.a. auf neostalinistischen Webseiten übernommen.[7] Der französische Parteikommunismus wies in der Vergangenheit stets eine gewisse „patriotische“, „nationale“ Note auf. Aufgrund der Résistance-Vergangenheit war dies lange Zeit verständlich und verzeihlich, heute resultiert daraus jedoch bei manchen Hütern dieser Tradition eine gewisse ideologische Blindheit.)

Auch auf der Linken habe sich, erläuterte Sapir dort, immer die Frage nach Bündnissen gegenüber dem strategischen Hauptfeind gestellt. Leo Trotzki beispielsweise habe den damals aufsteigenden Faschismus als einen solchen definiert und ihm eine von ihm propagierte „Einheitsfront der Arbeiterparteien“ entgegen gesetzt. Dies sei jedoch, so Sapir, politisch viel zu eng gefasst; und eine solche ihm zufolge „soziologisch“ – ursprünglich klassenpolitisch - untermauerte Bündniskonzeption ergebe keinen Sinn, „es sei denn, man setzt sich für eine soziale Revolution ein, was Sapir nicht ins Auge zu fassen scheint. Als besseres Vorbild erscheine ihm das Bündnis der chinesischen KP unter Mao Tse-tung mit den autoritären Nationalisten und Antikommunisten der Kuonmintang-Bewegung gegen die japanische Besatzung im Zweiten Weltkrieg. (Nach Gründung der VR China im Jahr 1949 flohen die Kader der Kuonmintang in die heutige Inselrepublik Taiwan.) Auch hier schweigt er sich allerdings darüber aus, dass die Wurzeln des FN eher im Lager der damaligen Achsenmächte liegen.

Allerdings präzisiert Sapir an dieser Stelle wenigstens, er lehne programmatisch die vom FN so genannte préférence nationale oder „Inländerbevorzugung“ ab – also eine systematische Diskriminierung nach Nationalität auf dem Arbeitsmarkt, bei Sozialleistungen und Wohnungen, die beim FN mit einem vermeintlich positiv gewendeten Begriff belegt wird. Ohne eine solche préférence nationale wird jedoch kein FN zu haben sein. Der Erfinder des Begriffs, der Rechtsintellektuelle Jean-Yves Le Gallou, bezeichnete ihn wiederholt als den „Atomkern“ der gesamten Programmatik des FN.

Den FN hat dies in Teilen der Öffentlichkeit aufgewertet. Und Sapirs Vorstoß wurde durch Philippot eifrig begrüßt, welcher vor fünf Jahren seinerseits auf einer genau solcherart ausgerichteten Linie aus dem Lager bürgerlicher EU-Kritiker zum FN übergelaufen war.

Marion Maréchal-Le Pen, die Enkelin Jean-Marie und Nichte Marine Le Pens, bildet dazu einen Gegenpol in der Partei. Betreffend den Streit um das politische Schicksal ihres Großvaters steht die 25jährige rechtsextreme Abgeordnete in der Nationalversammlung und Jurastudentin irgendwo zwischen ihren Verwandten: In der letzten Augustwoche erklärte sie, sie spreche sich gegen den Ausschluss Jean-Marie Le Pens aus. Statt forderte sie die Abhaltung eines Sonderparteitags, jedoch nach den Regionalparlamentswahlen vom Dezember d.J., zu denen sie als Spitzenkandidatin des FN in der Region Südostfrankreich antritt, nachdem dieser Platz ihrem Großvater entzogen worden war. Zugleich spricht sich jedoch auch gegen einen Störauftritt von „JMLP“ bei der diesjährigen „Sommeruniversität“ auf: Einen solchen halte sie „nicht für die beste Lösung“, ließ sie wissen, und sie würde sich „gerne auf die Wahlkampfinhalte konzentrieren können“.

Rechtsreaktionäre klerikale Bündnispartner

Als faktisches Gegengewicht zu der Querfront-Strategie eines Florian Philippots, der auch an eher linke EU-Kritiker anzuknüpfen und diese herüberzuziehen versucht, setzt Marion Maréchal-Le Pen auf ein eher klassisch rechtsreaktionäres Profil. Am Samstag, den 29. August d.J. durfte sie als Referentin bei einer kirchlichen Veranstaltung im südostfranzösischen Plan-D’Aups-Sainte-Baume auftreten, was eine absolute Premiere darstellte[8]. Dazu eingeladen worden war sie durch die Diözese von Fréjus und Toulon, an der Côte d’Azur. Ihr Bischof, Dominique Rey, gilt als besonders reaktionär und hat seit 2005 eine eigene jährliche „Sommeruniversität“ initiiert. Dabei ging es um das „Engagement von Christen“ u.a. in der Politik gehen. Die Einladung an die rechtsextreme Politikerin rief in den Tagen zuvor in kirchlichen Kreisen eine heftige Kontroverse hervor.

Die Veranstaltung verlief jedoch reibungslos[9], in Gegenwart von rund 200 Personen. Auch wenn Kirchenvertreter angaben, „die Aufnahme des Fremden“ sei in ihren Augen biblische Pflicht, strichen die Anwesenden eher Gemeinsamkeiten hervor, etwa im Kampf gegen die Öffnung der Ehe für Homosexuelle. Auch im internationalen Bereich gab es Gemeinsamkeiten, etwa bei der Unterstützung des syrischen Regimes, im Namen der Rettung der „orientalischen Christenheit“. Rey ist als einziger französischer Bischof nach Ausbruch des syrischen Bürgerkriegs seit 2011 jüngst dorthin gereist, im Namen des „Schutzes der syrischen Christen“. Er unterstützt faktisch ebenso das dortige Regime, wie der FN es tut.

Bernard Schmid, Paris ■

3 Vgl. zu diesem Punkt: https://mail.google.com/mail/u/0/h/1k70bti135ccf/?&th=14f6107424161863&v=om
http://www.liberation.fr/politiques/2015/08/24/jacques-sapir-on-ne-peut-plus-nier-que-le-fn-ait-change_1368833

4 Vgl. http://www.arretsurimages.net/articles/2015-08-22/Sortie-de-l-euro-Sapir-preconise-des-relations-avec-le-FN-id7967

5 Vgl. http://www.lemonde.fr/politique/article/2015/08/25/malaise-a-gauche-apres-les-illades-de-jacques-sapir-au-fn_4736102_823448.html

6 Vgl. http://www.liberation.fr/politiques/2015/08/24/sapir-et-le-front-national-l-extreme-jonction_1368906

7 Vgl. http://canempechepasnicolas.over-blog.com/2015/08/on-ne-fait-pas-un-front-avec-ses-amis-ou-ses-semblables-politiques-jacques-sapir.html

8 Vgl. dazu allerdings einen guten Text von linken Christ/inn/en der katholisch-progressiven Initiative ‚Golias’, der auch die jahrelang Vorarbeit reaktionärer Kräfte innerhalb der katholischen Kirche behandelt, welche eine solche Annäherung mit ermöglichte:
http://canempechepasnicolas.over-blog.com/2015/08/golias-s-invite-a-la-sainte-baume-l-eglise-les-catholiques-et-le-front-national.html

9 Vgl. http://www.laprovence.com/article/actualites/3553480/les-catholiques-ont-ecoute-religieusement-marion-le-pen.html

Sachsen-Anhalt: Polizei vermutet Brandstiftung in Haus mit Rumänen

Nach einem Feuer in einem vorwiegend von Rumänen bewohnten Gebäude in Merseburg (Sachsen-Anhalt) vermutet die Polizei Brandstiftung. In dem Mehrfamilienhaus war am Freitagmorgen nahe der Eingangstür ein Spültisch in Brand geraten, teilte die Polizeidirektion Sachsen-Anhalt Süd in Halle mit. Die 18 rumänischen Bewohner des Hauses, darunter auch Kinder, hätten sich auf ein Vordach retten können. Verletzt worden sei niemand.

Es entstanden Schäden im Hausflur und am Fußbodenbelag. Bei der Brandursachenermittlung wurde den Angaben zufolge festgestellt, dass eine brandfördernde Substanz verwendet wurde, die aber nicht näher bestimmt werden konnte. Die Ermittlungen werden wegen des Verdachts der Brandstiftung von Kriminalbeamten des Polizeireviers Saalekreis und dem Staatsschutz geführt.

Quelle: http://www.migazin.de 17.08.2015 ■

Brandanschlag auf geplante Flüchtlingsunterkunft

In Leipzig verübt erneut ein vermutlich rechter Täter einen Anschlag auf eine geplante Unterkunft für Flüchtlinge. Glücklicherweise wurde das Feuer rechtzeitig entdeckt. Mann hatte einen Brandsatz in das Flüchtlingsheim geworfen.

In Leipzig ist in der Nacht zum Mittwoch ein Angriff auf eine künftige Flüchtlingsunterkunft verübt worden. Ein vermummter Mann habe einen Brandsatz durch ein geöffnetes Fenster geworfen und damit eine im Zimmer liegende Matratze in Flammen gesetzt, teilte das für Extremismus zuständige Operative Abwehrzentrum Sachsen in Leipzig mit.

In das renovierte Wohnhaus im Stadtteil Stötteritz sollten am Mittwoch knapp 60 Asylbewerber einziehen. Ob die Stadt an dem Vorhaben festhält, blieb zunächst unklar. Ein Zeuge hatte kurz nach dem Ausbruch des Feuers die Rettungskräfte gerufen. Diese konnten der Polizei zufolge größere Schäden am Gebäude verhindern.

In den vergangenen Tagen, Wochen und Monaten häufen sich bundesweit Anschläge auf zumeist noch unbewohnte Unterkünfte für Asylsuchende. Erst am Montag und Dienstag waren im baden-württembergischen Weissach und im brandenburgischen Nauen als Notunterkunft vorgesehene Sporthallen abgebrannt. Die Polizei geht nach ersten Ermittlungen von Brandstiftung aus.

Quelle: http://www.migazin.de 27.08.2015 ■

Wieder Brandanschlag auf geplantes Flüchtlingsheim in Baden-Württemberg

In Weissach im Tal brannte am 24.08.2015 eine geplante Flüchtlingsunterkunft nieder

Die Rhein-Neckar-Zeitung berichtet am 24.08.2015 im Artikel „Weissach: Geplantes Asylbewerberheim wird nach Brand abgerissen“ über die dpa Meldung hinaus über Nazi-Stukturen im Raum Rems-Murr: „Aktiv sind Rechtsextreme in Baden-Württemberg vor allem im Rems-Murr-Kreis sowie in den Regionen Stuttgart, Karlsruhe, Rastatt/Baden-Baden und im Bodenseeraum. Der „Nationalsozialistische Untergrund“ (NSU), dem zehn Morde überwiegend an Menschen aus Zuwandererfamilien zu Last gelegt werden, hatte Verbindungen zur rechtsextremen Szene im Rems-Murr-Kreis und Schwäbisch Hall. Die Sicherheitsbehörden waren der Bande jahrelang nicht auf die Spur gekommen. Das Trio flog erst 2011 auf. Die Terrorgruppe stammte aus Thüringen, in Sachsen tauchte sie jahrelang unter.

Vor einigen Wochen hatten Unbekannte eine Moschee in Welzheim im Rems-Murr-Kreis mit Nazi-Symbolen beschmiert. „Die Entwicklungen vor Ort sind besorgniserregend“, sagte Oya Poyraz aus dem Vorstand der Türkischen Gemeinde in Baden-Württemberg und forderte mehr Sicherheit für Flüchtlinge im Land: „Flüchtlinge befinden sich zwischen populistischen Äußerungen und gewalttätigen Angriffen, jedoch benötigen sie mehr Sicherheit.“ Vor allem Kinder und Jugendliche, die aus Kriegsgebieten kommen, sollten vor den Gewaltszenen in Deutschland verschont bleiben.“

Quelle: http://fluechtlingsrat-bw.de 24.08.2015 ■

Rassismus konsequent bekämpfen

„Es nützt den Flüchtlingen herzlich wenig, wenn Medien und Politik zwar lang und breit ihre Betroffenheit über die zahlreichen und verabscheuungswürdigen Übergriffe auf Flüchtlingsheime aussprechen, aber den Worten keine Taten folgen“, erklärt Ulla Jelpke zu den Reaktionen auf die nicht abreißenden Angriffe auf Flüchtlingsheime. Die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE weiter:

„Flüchtlinge müssen effektiv vor Übergriffen geschützt werden. Weder rechten Extremisten noch ihren Sympathisanten aus der Mitte der Gesellschaft darf weiterhin eine Plattform für Hass und Hetze gegen Ausländer und Asylsuchende eingeräumt werden. Was wir brauchen sind neben der Aufklärung und Verfolgung der bereits begangenen Straftaten vor allem konkrete Strategien – sowohl kurz- als auch langfristig – um Rassismus und Übergriffen auf Flüchtlinge und deren Unterkünfte zukünftig entschieden entgegenzutreten. Dazu gehört als erstes, den Rassismus in der Gesellschaft offen und klar zu benennen und nicht als ‘Randgruppenproblem’ zu verharmlosen. Dazu gehört aber auch, dem rechten Mob nicht noch mit Berichten über angeblichen massenhaften Asylmissbrauch und drohende Überforderung der staatlichen Systeme Parolen in die Hand zu spielen. Denn so empfinden sich die Täter vor Ort als vermeintliche Vollstrecker eines allgemeinen Willens.

Wir werden für Anfang September eine Sondersitzung des Innenausschusses zu diesem Thema beantragen. Die politisch Verantwortlichen haben schon viel zu lange die Hände in den Schoß gelegt. Wir können nicht länger warten: Den Betroffenheitsbekundungen und vielen Worten müssen endlich Taten folgen.“

Quelle: Pressemitteilung http://www.linksfraktion.de/abgeordnete/ulla-jelpke 25.08.2015 ■

Freies WLAN für Flüchtlingseinrichtungen

Die Stadt Münster will nach und nach kostenlos zu nutzende WLAN-Hotspots in Flüchlingseinrichtungen anbieten. Die ersten fünf von 30 Standorte wurden nun entsprechend ausgestattet. Das Projekt ist Teil der Initiative „Digitale Stadt Münster“.

Das beispielhafte Projekt der Stadt Münster entspringt der Kooperation zwischen Sozialamt und dem kommunalen IT-Dienstleister Citeq. In einem Schritt sei es, so die Stadt, vor allem darum gegangen, „kurzfristig die Grundversorgung der Einrichtungen sicherzustellen“. Nach und nach sollen weitere Räume der Standorte flächendeckend versorgt werden. „Für viele Flüchtlinge eröffnet das eine einfache Möglichkeit, Kontakt zu Angehörigen und Freunden in ihrer Heimat zu halten“, so die Stadt Münster.

Um einen WLAN-Zugang zu erhalten, müssen sich die Flüchtlinge an die entsprechenden Sozialarbeiter ihrer Einrichtung wenden, welche Zugangstickets mit Nutzername und Kennwort zur Verfügung stellen. Mit diesen Tickets kann dann einen Monat lang kostenfrei das Internet genutzt werden. Die Tickets sind in allen Flüchtlingsunterkünften gültig.

Das Projekt ist Teil der Initiative „Digitale Stadt Münster“, mit der sich Münster der globalen Digitalisierung stellen will. Weitere Inhalte des Projekts sind die elektronisch unterstützte Rats- und Gremienarbeit sowie ein langfristig gut ausgebautes Breitbandnetz.

Quelle: Gemeinnützige Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender e.V. (GGUA Flüchtlingshilfe) 12.08.2015 ■

WILLKOMMENSKULTUR FÜR HAMBURG

Refugees welcome

Seit 2 Wochen werden in den Messehallen im Karoviertel Geflüchtete untergebracht. Am 15. August fand eine Stadtteilversammlung zur Begrüßung der Geflüchteten und der Organisation von Unterstützung statt. Von den 400-500 Teilnehmern wurden 16 AGs eingerichtet in denen sich inzwischen mehrere hundert für praktische Hilfen, von Rechtsberatung bis hin zur Organisation eines Willkommensfestes gemeldet haben.

Im folgenden die bei der Versammlung verabschiedete Resolution (Red.):

RESOLUTION

Die Stadtteilversammlung St. Pauli Nord und rundum sagt: Refugees welcome!

I. Willkommen im Karoviertel!

Seit letzter Woche werden in der Messehalle B6 bis zu 1200 Flüchtlinge untergebracht. Wir, Anwohner*innen aus dem Karoviertel und rundum, begrüßen unsere neuen Nachbar*innen und sagen: Refugees Welcome – Never mind the papers! Welchen Aufenthaltsstatus die europäische Flüchtlingspolitik den Menschen zuweist, interessiert uns nicht. Wer hier angekommen ist, gehört dazu und bleibt.

II. Für eine dezentrale Unterbringung aller Flüchtlinge

Tausende Menschen machen sich täglich auf eine gefährliche Odyssee, um Krieg und Not zu entkommen. Haben sie die häufig tödlichen europäischen Außengrenzen überwunden und sind schließlich nach Hamburg gelangt, erwartet sie nichts als Feldbetten in Hallen oder Zelten, ohne jegliche Privatsphäre, unter miserablen hygienischen Bedingungen. Niemand kann behaupten, die steigenden Flüchtlingszahlen gerade aufgrund des unfassbar brutalen Kriegs in Syrien seien nicht absehbar gewesen. Dass das selbsterklärte „Tor zur Welt" Hamburg nicht darauf vorbereitet ist, einige Tausend Menschen würdig willkommen zu heißen, ist ein Skandal. Dabei gibt es reichlich Leerstand in Hamburg. Der muss ein Ende haben: Leerstand zu Wohnraum! Jetzt erst recht für Flüchtlinge!

III. Die Ausgrenzung hat System

Unabhängig davon, ob im Falle des rot-grünen Senats Absicht oder Unfähigkeit ausschlaggebend sind: Die miserable Behandlung von Flüchtlingen hat in Deutschland System. Menschen werden von der herrschenden Politik danach sortiert, welchen Nutzen sie Deutschland in der globalen Staatenkonkurrenz bringen. Wir lehnen diese Logik einer ökonomischen Verwertbarkeit entschieden ab.

Für eine solidarische Gesellschaft, in der die Bedürfnisse der Menschen Vorrang haben!

IV. Für eine solidarische Stadtentwicklung von unten

Wir haben keine Lust mehr, die Ausgrenzung von Flüchtlingen und die destruktive Stadtentwicklung des Hamburger Senats hinzunehmen. Ein erster Schritt zu einer sozialen Stadtentwicklung wäre es, den Flüchtlingen die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen: Wir fordern: Zugang zum regulären Arbeitsmarkt für alle Flüchtlinge Zugang zur gesetzlichen Krankenversicherung für alle Flüchtlinge Kostenlose Sprachkurse für alle Flüchtlinge Zugang zu Bildung für alle Flüchtlinge, an Schulen, Unis & Volkshochschulen Sofortige Umwandlung von Leerstand aller Art in Wohnungen für Flüchtlinge Bleiberecht für alle Flüchtlinge Wir fangen hier und heute damit an, diese Forderungen umzusetzen.

St. Pauli, 15.8.2015

Zu jeder AG können noch aktive Mithelfer/innen stoßen

Spenden abgeben: Holstenglacis, Tor B6 (direkt gegenüber vom Eingang des Untersuchungsgefängnisses); am Eingang dort kann man sich eintragen lassen und wird zur Sammelstelle gewiesen.

Gebraucht wird alles – Spielzeug, Hygieneartikel, Regale, Stühle und Tische, Bälle, Schreibzeug, Buntstifte. Kleidung sollte vor der Abgabe bitte GEWASCHEN und vorsortiert werden (Männer / Frauen / Kinder / Babys). Auch Gürtel, Schuhe und Winterjacken sind gern gesehen.

Für alle interessierten Mithelfer: Damit keine unnötigen Wege und kein Chaos entstehen, bitten die Gruppen um Kontaktaufnahme unter der E-Mail refugees-welcome20357@web.de

Flüchtlingsunterbringung in St. Georg

5700 Flüchtlinge, die alleine im Juli in Hamburg angekommen sind, mindestens 31 000, die es im Laufe des Jahres sein werden: Die in den Zahlen zum Ausdruck kommende humanitären Katastrophen in den Heimatländern dieser Menschen werfen ein Licht vor allem auf die von den kapitalistischen Ländern betriebene Politik. Sie trägt im globalen Maßstab zur immer weiter aufgehenden Arm-Reich-Schere, zu kriegerischen Auseinandersetzungen und irreparablen Umweltschäden maßgeblich bei. Es ist niemandem zu verdenken, aus solchen Verhältnissen zu fliehen.

Die Flüchtlingsströme sind aus unserer Sicht eine gesamtstädtische Herausforderung und der konkrete Auftrag, für eine solidarische Willkommenskultur und kurzfristig für eine angemessene Unterbringung Sorge zu tragen. Wir folgen damit dem Appell des Netzwerks Hamburger Stadtteilbeiräte vom 20. Juli 2015 und machen hiermit Vorschläge für mehrere kleine und größere Möglichkeiten der Folgeunterbringung in St. Georg. Angesichts der Dramatik der Lage und des in einigen Monaten anstehenden Winters rufen wir die Stadt auf, sämtliche Möglichkeiten des „Gesetzes zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung" (SOG) sowie des „Gesetzes über den Schutz und die Erhaltung von Wohnraum" (HmbWoSchG) auszuschöpfen, d.h., länger leerstehende Wohn- und Büroräume zu beschlagnahmen (s. dazu den FAZ-Artikel vom 14.8.2015) und geeignete Freiflächen umzunutzen, um hier Unterkunftsstätten für Obdachlose und Flüchtlinge herzurichten.

PM Einwohnerverein St. Georg, 19.8.2015 ■

„Kleiderkammer" in den Messehallen



Realistische Schutzquoten veröffentlichen

„Wenn die Bundesregierung schon ihre Asylprognose den Realitäten anpasst, sollte sie auch realistische Zahlen zur Anerkennungsquote im Asylverfahren veröffentlichen. Werden nämlich formelle Entscheidungen, die nichts über die Schutzbedürftigkeit der Menschen aussagen, herausgerechnet, ergibt sich eine Gesamtschutzquote von derzeit 47,8 Prozent. Auch die EU-Statistikbehörde Eurostat berechnet ihre Quote auf diese Weise, wie die Bundesregierung auf eine Anfrage der LINKEN hin nun bestätigen musste. Anerkennungen durch die Gerichte kommen noch hinzu, etwa zehn Prozent aller Klagen gegen ablehnende Bescheide sind erfolgreich (BT-Drs. 18/4643, Frage 11)“, erklärt Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, zur Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage zu „ergänzenden Informationen zur Asylstatistik für das zweite Quartal 2015“ (BT-Drs. 18/5544). Jelpke weiter:

„Die Bevölkerung muss wissen, dass im Ergebnis mehr als die Hälfte aller Asylsuchenden von den Behörden und Gerichten einen Schutzstatus zugesprochen bekommt. Dadurch verliert auch die verhetzende Parole vom angeblich massenhaften Asylmissbrauch jegliche Grundlage. Die hohen Anerkennungsquoten sind bemerkenswert, weil in den Durchschnittswert auch die massenhaften Schnellablehnungen von Asylsuchenden vom Westbalkan eingehen, die in anderen europäischen Ländern in weitaus stärkerem Maße als schutzbedürftig angesehen werden.

Bei der fast 50prozentigen Anerkennungsquote handelt es sich um die sogenannte ‚bereinigte Gesamtschutzquote‘, die sich nur auf inhaltliche Entscheidungen über Asylanträge bezieht. Rein formale Entscheidungen hingegen – etwa Rückführungen von Dublin-Fällen in andere EU-Länder – fließen hingegen nicht ein. Diese Zahl belegt, dass deutlich mehr Flüchtlinge durchaus plausible Fluchtgründe haben, als die Bundesregierung mit der sonst vom ihr genannten Quote von zuletzt 35,3 Prozent glauben machen möchte, in die auch die genannten formalen Entscheidungen einfließen.“

Quelle: http://www.ulla-jelpke.de 19.08.2015 ■

Gute Flüchtlingsaufnahme organisieren statt Scheindebatten führen

„Angesichts der Herausforderung einer menschenwürdigen Aufnahme und Unterbringung von bis zu 800 000 Asylsuchenden müssen unproduktive und vorurteilsschürende Debatten beendet werden. Deutschland und die EU sollten die Jahrhundertaufgabe der Flüchtlingsaufnahme als praktizierten Menschenrechtsschutz begreifen und positiv gestalten. Wer auf die Not der Flüchtlinge mit Abschottung, Abschiebelagern und Abstrichen beim Existenzminimum reagieren will, wird an dieser Aufgabe scheitern. Letztlich kommt es darauf an, der bisher leeren Phrase von der Fluchtursachenbekämpfung endlich Taten folgen zu lassen“, erklärt innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. Ulla Jelpke. Die Abgeordnete weiter:

„Flüchtlinge werden weiter in großer Zahl kommen, solange die Fluchtursachen weiterbestehen. Für Kriege und Bürgerkriege, für Armut und Perspektivlosigkeit in den Herkunftsländern der Flüchtlinge tragen die Europäische Union und auch die Bundesrepublik eine gehörige Mitverantwortung. Millionen Menschen werden in die Flucht getrieben, wenn souveräne Staaten wie Libyen zerbombt oder wie Syrien mit einem durch europäische Waffen angeheizten Söldnerkrieg überzogen werden. Wenn europäische Fangflotten afrikanische Küstengewässer leerfischen und eine den Westbalkanstaaten aufgezwungene neoliberale Privatisierungs- und Kürzungspolitik zu Massenarbeitslosigkeit und Armut führen, werden Hunderttausende ihr Heil in der Flucht in die EU sehen. Zu einer grundlegenden Wende der europäischen Flüchtlingspolitik muss die Bekämpfung von Fluchtursachen gehören – nicht die Schaffung neuer Fluchtgründe.“

Quelle: http://www.ulla-jelpke.de 20.08.2015 ■

Dublin-System längst faktisch außer Kraft gesetzt

„Das Dublin-System ist faktisch längst gescheitert. Denn nicht nur bei syrischen Flüchtlingen wurde die Dublin-Verordnung nun außer Kraft gesetzt, sie gilt auch für die Mehrzahl der Flüchtlinge vom Westbalkan nicht mehr. Laut Bundesregierung wird in diesen Fällen ‚in erheblichem Umfang‘ auf Übernahmeersuchen verzichtet. Nur noch bei einer Minderheit aller Asylanträge wird somit überhaupt ein Dublin-Verfahren eingeleitet. Die Überstellungsquote zur Durchsetzung der ermittelten Zuständigkeit lag im 2. Quartal 2015 bei gerade einmal elf Prozent, im Falle Ungarns sogar nur bei zwei Prozent“, erklärt Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage ‚Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für das zweite Quartal 2015‘ (BT-Drucksache18/5785). Jelpke weiter:

„Dass syrische Flüchtlinge nun endlich eine vom Dublin-System unabhängige, gesicherte Bleibeperspektive in Deutschland erhalten, ist absolut zu begrüßen – wenn auch längst überfällig. Bei Asylsuchenden vom Westbalkan wird die Dublin-Verordnung hingegen aus anderen Gründen nicht mehr angewandt: Die Betroffenen sollen im Schnellverfahren abgelehnt und direkt in ihre Herkunftsländer abgeschoben werden. Ein Dublin-Verfahren dauert im Schnitt vier Monate, bei einer so geringen Überstellungsquote kann man sich dieses die Flüchtlinge belastende, integrationsverhindernde und teure Verfahren besser gleich sparen.

Die dringend erforderliche Neuorientierung in der EU-Asylpolitik muss mit einer grundlegenden Änderung des längst gescheiterten Dublin-Systems beginnen. Statt Flüchtlinge nach einem ungerechten System gegen ihren Willen hin- und herzuschieben, sollte man sie im Rahmen eines Free-Choice-Modells entscheiden lassen, in welchem Land sie ihr Asylverfahren durchlaufen. Nur so können Faktoren wie familiäre Bindungen und vorhandene Sprachkenntnisse im allseitigen Interesse positiv für eine nachhaltige Integration genutzt werden. Ein fairer und solidarischer Ausgleich in der EU muss vor allem auf finanzieller Ebene gefunden werden.“

Quelle: http://www.linksfraktion.de/abgeordnete/ulla-jelpke 26.08.2015 ■

Initiative Oury Jalloh

Pressekonferenz 27.10.2015

Initiative Oury Jalloh – Einladung und Bitte um Unterstützung

Seit nunmehr über 10 Jahren kämpft die Initiative Oury Jalloh um Aufklärung des Todes von Oury Jalloh und Gerechtigkeit. Am 07. Januar 2005 verbrannte Oury Jalloh im Schoße der Dessauer Polizei bei lebendigem Leib.

Mehr dazu auf unserer Website: https://initiativeouryjalloh.wordpress.com/

Viel haben wir in den letzten Jahren erreichen können. Da die deutsche Justiz nicht willens ist, die Brand- und Todesursache aufzuklären und auch Ermittlungen in Richtung Mord zuzulassen, haben wir, mit der Unterstützung von Spenden, eigene, unabhängige Brandgutachen in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse der pathologischen und toxikologischen Nachuntersuchungen werden wir gemeinsam mit den Gutachtern in einer *Pressekonferenz am 27.Oktober 2015 um 10 Uhr im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin* vorstellen.

Hierzu laden wir Sie herzlich ein.

Gleichzeitig möchten wir Sie mit dieser Einladung um Unterstützung für unsere Arbeit bitten. Wir sind nicht nur für die Durchführung der Gutachten dringend auf Spenden angewiesen, sondern benötigen auch Unterstützung für Repressionskosten, bedingt durch die Strafanzeigen und Gerichtsverfahren der Staatsgewalt gegen Aktivisten der Initiative, Öffentlichkeitsarbeit und Reisekosten, beispiels-

weise zu Veranstaltungen oder Gerichtsverfahren. Wir wären Ihnen sehr dankbar wenn auch Sie unsere Arbeit mit einer Spende unterstützen würden.

Gerne können Sie uns auch zu einer Infoveranstaltung einladen! Wir berichten über die aktuelle Arbeit und diskutieren über rassistische Polizeigewalt in Deutschland.

Wir würden uns sehr freuen, Sie bei unserer Pressekonferenz begrüßen zu dürfen. Dankbar wären wir Ihnen für die Weiterleitung der Einladung und Bitte um Unterstützung an die Flüchtlingsräte der anderen Bundesländer.

Herzliche und solidarische Grüße

Katrin Jullien für die Initiative in Gedenken an Oury Jalloh e.V.

Quelle: fluechtlingsraete@asyl.org ■

PRO ASYL zur Westbalkankonferenz

PRO ASYL appelliert an die Bundeskanzlerin, unmissverständlich für Menschenrechte einzutreten

„Ein Europa der Zäune, wo jedes Land seine Grenzen dicht machen will, wird Europa zerstören“

Bei der heutigen Westbalkankonferenz in Wien, an der auch Bundeskanzlerin Merkel und Außenminister Steinmeier teilnehmen, wird das Flüchtlingsthema im Vordergrund stehen. PRO ASYL appelliert an die Bundeskanzlerin, auf die Einhaltung menschenrechtlicher Standards im Umgang mit Flüchtlingen in Europa zu drängen.

Im Vorfeld der Konferenz hatte Österreichs Außenminister Sebastian Kurz die griechische Regierung kritisiert. Diese sei für die steigenden Flüchtlingszahlen in Deutschland, Österreich und Schweden verantwortlich, da Flüchtlinge „durchgewunken“ würden. „Was Österreichs Außenminister und andere implizit fordern, ist eine Rückkehr zu den menschenrechtswidrigen und lebensbedrohlichen Push-Back-Operationen gegen Bootsflüchtlinge in der Ägäis“, erklärt Günter Burkhardt, Geschäftsführer von PRO ASYL.

Griechenland hat unter der Syriza-Regierung im ersten Halbjahr 2015 die illegalen Zurückweisungen auf offener See (Push-Backs) weitgehend zurückgefahren. Können Flüchtlinge aus Griechenland nicht mehr weiterreisen, ist absehbar, dass Griechenland seine Seegrenzen erneut mit Push-Back-Operationen abschottet.

Das verarmte Griechenland ist keinesfalls in der Lage, die mehr als 160 000 Flüchtlinge, die im Jahr 2015 eingereist sind, zu versorgen, zu registrieren und ein Asylverfahren durchzuführen. Viele reisen daher über die Balkanroute (Mazedonien, Serbien, Ungarn) weiter, die nun systematisch versperrt wird – unter anderem durch den Bau eines vier Meter hohen Grenzzauns im EU-Land Ungarn.

Setzen sich gleichzeitig die deutsch-französischen Pläne zur Errichtung von europäischen Aufnahme- und Entscheidungszentren in Griechenland durch, würden zehntausende Menschen dauerhaft in Großlagern in Griechenland festsitzen. Gerade einmal 16 000 Flüchtlinge wollen die EU-Staaten laut Gipfelbeschluss vom 26. Juni 2015 innerhalb von zwei Jahren aus Griechenland verteilen. Die Zugangszahlen lagen bereits in der ersten Jahreshälfte fast um das Zehnfache darüber.

„Ein Europa der Zäune, wo jedes Land seine Grenzen dicht machen will, wird Europa zerstören. Die Grundlage der EU sind die Menschenrechte“, warnt Günter Burkhardt. PRO ASYL fordert die reichen Industriestaaten, hier insbesondere auch Großbritannien auf, ihre Politik der Härte gegenüber Schutzsuchenden zu revidieren.

Quelle: Presseerklärung Pro Asyl 27.08.2015 ■

Winterabschiebungsstopp für Minderheiten – vor allem aus dem Westbalkan

Im Winter ist es kalt – in jedem Winter. Entsprechend gibt es keinen Grund, den Winterabschiebestopp aus dem letzten Jahr nicht erneut in Kraft zu setzen.

Die Gründe für einen dementsprechenden Erlass aus dem Jahr 2013 und dem Erlass vom 02.12.2014 haben sich offensichtlich in keiner Weise geändert. Eine Vielzahl der gerade in den Westbalkan ausreisepflichtigen Personen und Familien – mit z. T. sehr kleinen Kindern – finden im jeweiligen Zielland keine menschenwürdige Beherbergung bzw. soziale, medizinische und andere Unterstützung. Berichte über die prekäre Lebenssituation, nach der insbesondere rückkehrende Roma in die Balkan-Staaten in Obdachlosigkeit geraten und nicht selten ihr Überleben in Behelfsunterkünften aus Pappe und Müllresten suchen müssen, sind legendär.

Eine in der Argumentation von GegnerInnen eines Winterabschiebungsstopps gern gemachte Verknüpfung mit der neuen Rechtslage, die mit dem „Gesetz zur Einstufung weiterer Staaten als sichere Herkunftsstaaten…„ geschaffen worden ist, halten wir für illegitim.

„Ein Winterabschiebungsstopp ist eine rein humanitäre Maßnahme, bei der die Asylverweigerung, die Betroffenen kraft des neuen Gesetzes künftig gilt, keine Rolle spielen darf“, erklärt Andrea Dallek vom Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein.

Eine ggf. zwischen zuständiger Ausländerbehörde bzw. dem Landesamt für Ausländerangelegenheiten und der ministeriellen Fachaufsicht jeweils abgestimmte Einzelfallprüfung gewährleistet u. E. nicht ausreichend Schutz und verurteilt die Betroffenen zu großer Unsicherheit unter dem Damoklesschwert der möglicherweise doch drohenden Abschiebung. Ein formeller Erlass eines Winterabschiebungsstopps hingegen erscheint mit Blick auf die Schutzqualität und eine ggf. von auf den Einzelfall bezogenen sachfremden Erwägungen unbelastete administrative Gleichbehandlung aller Betroffenen geboten.

Die steigenden Zahlen von Schutzsuchenden sind nicht in einem Winterabschiebestopp zu finden, wie in der aktuellen politischen Debatte in Schleswig-Holstein zu vernehmen. Es sind bleibende und zunehmende Fluchtursachen, die die Menschen dazu bringen, ihr zu Hause zu verlassen: Kriege, Diskriminierung, Verfolgung, fehlende Lebensperspektiven.

Der Erlass vom 02.12.2014 betraf nicht allein Minderheitenangehörige und schon gar nicht nur den Balkan, sondern Staatsangehörige einer ganzen Reihe von Ländern, „in denen wegen winterlicher Verhältnisse eine Rückkehr in Sicherheit und Würde nicht gewährleistet ist“; als da sind: Afghanistan, Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Irak, Iran, Kosovo, Mazedonien, Russische Föderation, Serbien, Türkei, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Pakistan und Ukraine.

Der Flüchtlingsrat würde eine Erneuerung dieser beispielhaften humanitären Entscheidung von Innenminister Stefan Studt für den kommenden Winter außerordentlich begrüßen.

gez. Andrea Dallek

Quelle: Presseerklärung Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V. 20.08.2015 ■

Verantwortung zeigen statt Menschenrechte verletzen

Flüchtlingsrat weist Forderungen des Erfurter Oberbürgermeisters als Verletzung von grundlegenden Menschenrechten zurück.

Der Flüchtlingsrat Thüringen e.V. zeigt sich entsetzt über die Äußerungen des Erfurter Oberbürgermeisters und SPD-Landesvorsitzenden Andreas Bausewein in einem offenen Brief vom 25. August 2015 an die Bundeskanzlerin und den Thüringer Ministerpräsidenten.

„Bauseweins Forderungen die Schulpflicht für Kinder bis zur Klärung des Asylverfahrens auszusetzen, ist nicht zuletzt wegen der ungewiss langen Zeit des Verfahrens absolut inakzeptabel.", kritisiert Martin M. Arnold vom Flüchtlingsrat. „Anstatt sich Herr Bausewein dafür einsetzt, irrsinnige und überbürokratische Asylverfahrensregeln abzustellen, plädiert er für die Verletzung grundlegender Menschenrechte auf Kosten schutzsuchender Kinder. Das ist nicht hinnehmbar. In Deutschland gehen Kinder zur Schule, daran gibt es nichts zu rütteln", so Arnold weiter.

Der Flüchtlingsrat warnt vor der Ausweitung vermeintlich „sicherer Herkunftsländer". Menschen die aus existenziell bedrohlichen Situationen fliehen, bekommen damit ihr Grundrecht auf Asyl verwehrt. „Wer sich einmal genauer mit der Situation in den Balkan-Ländern auseinandergesetzt hat, die Berichte internationaler Menschenrechtsorganisationen verfolgt hat, würde nicht so ohne weiteres von sicheren Herkunftsländern sprechen", so Arnold. Grundsätzlich haben alle Geflüchtete den Anspruch, dass ihr Asylgesuch in einem fairen Verfahren geprüft wird. Und hier gilt zunächst die Vermutung, dass sehr wohl ein triftiger Asylgrund vorliegt. Während des Asylverfahrens haben alle Geflüchteten einen Anspruch auf eine menschenwürdige Unterbringung, medizinische Versorgung und eben bei Kindern auch auf Bildung. Dazu braucht es eine solidarische Bundespolitik und das gemeinsame Arbeiten aller Thüringer Verantwortlicher an Konzepten zur Aufnahme von geflüchteten Menschen. Es gibt keine Alternative zum Menschenrecht auf Asyl.

Andreas Bausewein hat als Landesvorsitzender der SPD-Thüringen noch vor sechs Monaten mit dem Anspruch auf eine „humane Flüchtlingspolitik" den Koalitionsvertrag von Rot-Rot-Grün unterzeichnet. Hier heißt es: „Am Umgang mit Flüchtlingen und der Integration von Migrantinnen und Migranten bemisst sich die Humanität einer Gesellschaft. Die Achtung der Grund- und Menschenrechte jedes und jeder Einzelnen ist Grundlage der Thüringer Flüchtlingspolitik. Allen, egal ob sie als Asylsuchende, Bürgerkriegsflüchtlinge oder aus anderen Gründen nach Thüringen geflüchtet sind, soll mit Respekt und Würde begegnet werden. Dieser Anspruch soll sich im konkreten Verwaltungshandeln widerspiegeln. Unabhängig von der Chance auf die Anerkennung in einem Asylverfahren sollen alle eine unvoreingenommene, würdige und faire Behandlung erfahren."

„Wir erwarten gerade jetzt bei der oft emotionsgeladenen Debatte, dass sich alle Thüringer Politikerinnen und Politiker ihrer Verantwortung stellen. Sowohl in der öffentlichen Debatte, als auch als Spitze ihrer Verwaltungen. Ein offener Brief, der Menschenrechte mit Füßen tritt, wird dieser Verantwortung nicht gerecht und macht Stammtischparolen weiter salonfähig", so Martin M. Arnold abschließend.

Der Vorstand des Flüchtlingsrates legt dem Erfurter Oberbürgermeister nahe, seine Mitgliedschaft im Thüringer Flüchtlingsrat auf Grund seiner Äußerungen noch einmal zu überdenken.

Quelle: Pressemitteilung Flüchtlingsrat Thüringen e.V. 26.08.2015 ■

Zweifelhafte amtsärztliche Stellungnahmen

Zweifelhafte amtsärztliche Stellungnahmen dienen Ausländerbehörde des LK Cuxhaven als Legitimation für rabiate unangekündigte Abschiebungen

Flüchtlingsrat erwartet vom Innenministerium, die eigenen Erlasse durchzusetzen

Dem Flüchtlingsrat Niedersachsen sind aus dem Landkreis Cuxhaven mittlerweile mehrere Fälle bekannt, in denen entgegen einem Erlass des niedersächsischen Innenministeriums die Ausländerbehörde unangekündigt Abschiebungen durchführen wollte. In seinem Erlass vom 23.09.2014 -erklärt das Innenministerium, dass vor dem Hintergrund des Paradigmenwechsel in der Asyl- und Flüchtlingspolitik insbesondere bei der zwangsweisen Durchsetzung der Ausreisepflicht die Belastung für die Betroffenen so gering wie möglich gehalten werden soll und daher u.a. Abschiebungen i.d.R. schriftlich anzukündigen sind. Von der Ankündigung soll laut Erlass lediglich abgesehen werden, wenn die Betroffenen „Straftaten von erheblichem Gewicht" begangen haben.

In den Fällen unangekündigter Abschiebung bzw. Abschiebungsversuche aus dem LK Cuxhaven ist dies jedoch nicht der Fall. Vielmehr wird der Verstoß gegen den Erlass mit amtsärztlichen Empfehlungen gerechtfertigt. Eine unrühmliche Rolle spielt dabei offensichtlich der Leiter des Gesundheitsamtes des Landkreises, der auf Veranlassung der Ausländerbehörde amtsärztliche Stellungnahmen verfasst hat, in denen den zur Abschiebung bestimmten psychisch kranken Flüchtlingen Reisefähigkeit attestiert wurde. Zugleich empfahl der Amtsarzt in den Attesten jedoch wegen bestehender Suizidalität, die Abschiebungen nicht anzukündigen. In den vier Stellungnahmen, die dem Flüchtlingsrat vorliegen, schließt der Arzt – der kein Facharzt für Psychiatrie ist – Suizidversuche zwar nicht aus, hält aber Abschiebungen in ärztlicher Begleitung ohne Ankündigung, für verantwortbar, um „demonstrative Suizidversuche", wie er es nennt, zu unterbinden.

Auf Grund dieser amtsärztlichen Freibriefe veranlasste die Ausländerbehörde unangekündigte Abschiebungen, die in einem Fall besonders dramatisch endeten: Als die Beamten am 4. Mai dieses Jahres einen alleinerziehenden Vater mit seinen beiden neun und elf Jahre alten Töchtern überraschend zur Abschiebung nach Serbien abholen wollten, geriet der Mann in Panik und droht sich umzubringen. Dieser unangekündigte Abschiebungsversuch hatte schließlich einen Großeinsatz mit zwanzig Polizeibeamten zur Folge, der neben dem traumatisierten Vater noch zwei höchst eingeschüchterte Kinder zurückließ (siehe u.a. Berichterstattung in den Cuxhavener Nachrichten im Anhang).

Die Ausländerbehörde hat sich letztlich diese brutale Vorgehensweise durch den Amtsarzt legitimieren lassen. Der Flüchtlingsrat hat daher vier Stellungnahmen aus der Feder des Amtsarztes des Landkreises Cuxhaven dem Trauma-Experten Dr. Hans Wolfgang Gierlichs aus Aachen vorgelegt. Dr. Gierlichs kommt in seiner Bewertung zu einem vernichtenden Urteil: Keine der Stellungnahmen erfüllten die allgemeinen Mindestanforderungen an medizinische Atteste. Keine der Stellungnahmen zeigten Hinweise auf die notwendige Sorgfalt bei der Beurteilung der aufgeführten schweren psychiatrischen Krankheitsbilder. Die Atteste seien nach Ansicht von Dr. Gierlichs mit den Grundlagen der beruflichen Ethik nicht vereinbar. Im Übrigen hält Dr. Gierlichs in seiner Stellungnahme fest, dass eine überraschende Abschiebung immer Situationen stark erhöhten Stresses darstellten und die Empfehlungen des Amtsarztes somit der ärztlichen Verpflichtung nicht zu schaden widersprächen.

Der Flüchtlingsrat erwartet vom Innenministerium, seine eigenen Erlasse ernst zu nehmen und deren Umsetzung in den Landkreisen und Städten sicher zu stellen. Darüber hinaus fordert der Flüchtlingsrat, dass die Landesregierung Kriterien aufstellt, die garantieren, dass bei der Feststellung von Reisefähigkeit ausschließlich qualifizierte Amtsärzte und -ärztinnen zum Einsatz kommen, die die Mindestanforderungen an amtsärztliche Stellungnahmen erfüllen.

Quelle: Pressemitteilung Flüchtlingsrat Niedersachsen 19.08.2015 ■

Umfrage „Diskriminierung in Deutschland 2015“

Am 1. September startet die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) die bisher größte Umfrage zum Thema „Diskriminierung in Deutschland“.

Bis zum 30. November können sich alle in Deutschland lebenden Menschen ab 14 Jahren zu ihren selbst erlebten oder beobachteten Diskriminierungserfahrungen äußern. Diese Umfrage, die wir gemeinsam mit dem Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung durchführen, soll Diskriminierungen sichtbar machen. Wir wollen auch wissen, welche Auswirkungen Diskriminierungen auf Menschen haben und wie sie damit umgehen. Die Ergebnisse der Umfrage und Handlungsempfehlungen wird die Antidiskriminierungsstelle dem Deutschen Bundestag vorlegen.

Um eine möglichst große Beteiligung an der Umfrage zu erreichen und eine breite Öffentlichkeit für das Thema Diskriminierung zu sensibilisieren, brauchen wir Ihre Unterstützung.

Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie über Ihre Netzwerke, Ihre Webseite, Ihre Publikationen und Newsletter sowie im Rahmen Ihrer Veranstaltungen auf die Umfrage aufmerksam machen.

Angefügt finden Sie das Banner zur Umfrage in 3 Formaten. Dieses können Sie auf Ihre Webseite und Social-Media-Seiten stellen und mit der URL www.umfrage-diskriminierung.de verlinken.

Unter dieser URL finden Sie alle Informationen zur Umfrage und ab dem 1. September 2015 auch den direkten Link zum Fragebogen. Diesen wird es online auch in Leichter Sprache geben.

Als Druckmaterialien haben wir Flyer, Postkarten, Aufkleber, Plakate in DIN A2 und selbstverständlich den Fragebogen. Diese Materialien können Sie kostenlos bei der Antidiskriminierungsstelle bestellen.

Dazu teilen Sie uns bitte mit, wie viele Exemplare Sie jeweils benötigen und an welche Adresse sie geschickt werden sollen. Ansprechpartnerin für Ihre Bestellung ist Stefanie Bewersdorff (Kontaktdaten siehe Signatur.)

Wenn Sie die Informationen zur Umfrage gerne per E-Mail an Ihre Partnerorganisationen, -verbände oder an interessierte Einzelpersonen weiterleiten wollen, können Sie den E-Mail-Entwurf in der Anlage verwenden.

Die Ergebnisse der Umfrage stellen wir Ihnen gerne zur Verfügung. Wir können diese auch nach Kriterien auswerten, die für Sie besonders relevant sind; z.B. Ergebnisse zu allen Personen in einem Bundesland oder zu allen Teilnehmenden mit Behinderung.

Sollten Sie Fragen haben oder weitere Informationen benötigen, können Sie sich gerne an uns wenden.

Antidiskriminierungsstelle des Bundes Referat Forschung / ADS-2 Internet: www.antidiskriminierungs-stelle.de

Antidiskriminierungsstelle des Bundes

Diskr minierung
UMFRAGE ! in Deutschland 2015

Diskr minierung
UMFRAGE ! in Deutschland 2015

Sie haben es erlebt? Berichten Sie davon!

- Ihr Kind bekommt wegen seiner Migrationsgeschichte trotz guter Noten keine Gymnasialempfehlung?
- Bei der Wohnungssuche gehen Sie leer aus, weil Sie ein Kopftuch tragen?
- Wegen Ihrer Behinderung oder Ihres Alters werden Sie nicht zu Vorstellungsgesprächen eingeladen, obwohl Sie hervorragend qualifiziert sind?
- Sie werden gemobbt, weil Sie lesbisch oder schwul sind?

Berichten Sie uns von den diskriminierenden Erfahrungen, die Sie Ihre Angehörigen und Freunde gemacht haben. Dabei interessieren uns alle Lebensbereiche, vom Kindergarten, über Schule und Hochschule, bis zum Beruf, Wohnen, Versicherungs- und Bankgeschäfte und der Freizeitbereich.

Gemeinsam mit dem Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung führen wir die bislang größte Umfrage zu Diskriminierungserfahrungen in Deutschland durch.

WAS WOLLEN WIR ERREICHEN?

Diese Umfrage soll Diskriminierungen sichtbar machen! Mit den Ergebnissen werden wir konkrete Empfehlungen entwickeln, wie Diskriminierungen künftig verhindert werden können. Wir wollen auch untersuchen, welche Auswirkungen Diskriminierungen auf die Menschen haben und wie sie damit umgehen. Erste Zahlen und Fakten werden 2016 veröffentlicht.

WER KANN MITMACHEN?

Alle in Deutschland lebenden Menschen ab 14 Jahren.

WANN GEHT ES LOS?

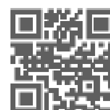
Sie können sich vom 1. September bis 30. November 2015 beteiligen.

NÄHERES ERFAHREN SIE UNTER:

www.umfrage-diskriminierung.de

www.umfrage-diskriminierung.de

Antidiskriminierungsstelle des Bundes
Tel. 030 18 555-1855, E-Mail: poststelle@ads.bund.de



Machen Sie mit und helfen Sie dabei, Diskriminierungen abzubauen.

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Flucht oder Völkerwanderung?

Junge Freiheit Nr. 35 und 36/2015 vom 21. Und 28. August 2015

Geflüchteten Menschen widmet das Blatt in beiden Ausgaben mehrere Aufsätze – mit der festen Absicht, die Flucht zu leugnen und die Einreise in die EU-Staaten als Völkerwanderung zu etablieren. Mit der Völkerwanderung verbindet das Blatt die Vorstellung vom Untergang der Zivilisation – ehemals des Römischen Reiches – und den Einzug von Menschen, die wie die „Vandalen" hausen. Und dagegen mangele es den bundesdeutschen Politikern an „Entschlossenheit". Da werden widersprüchliche Argumente zusammengeschustert: Auf der einen Seite spielen die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten „Schwarzer Peter, sabotieren effektive Grenzkontrollen, reichen die Migranten weiter – im Zweifel nach Deutschland, wo die Aufnahme am komfortabelsten und effizientesten organisiert ist." Auf den nächsten Seiten dann Berichte über Berliner und sächsische Behörden, die vom „Ansturm" überfordert seien und die „Neuanträge kaum noch bewältigen" könnten.

Zum Vorstoß einiger Bürgermeister, Wohnungsbeschlagnahmen zu forcieren, kommentiert das Blatt: „Sind wir im Krieg? Was schwarze und grüne Oberbürgermeister gerade in Stafette lancieren – Wohnungsbeschlagnahmungen und Zwangseinweisungen, um illegale Einwanderer einzuquartieren –, gab's zuletzt in finsteren Zeiten. Da allerdings waren die ‚Flüchtlinge' noch echte Heimatvertriebene, Ausgebombte und Schutzbedürftige und dazu Landsleute – doch trotzdem fiel manchem die Solidarität schwer genug." Dass die Wohnraumzwangsbewirtschaftung der Nachkriegszeit auch durch die Zerstörungen, die die Nazis mit dem zweiten Weltkrieg angerichtet haben, verursacht war, geht in den „finsteren" Zeiten unter. Dass Wohnraumbeschlagnahmungen in dieser Republik gesetzlich geregelt und in vielen Städten angewandt werden, um leerstehenden Wohnraum für Geflüchtete zu nutzen, ist dem Blatt unbekannt. Für den Autor ist die Beschlagnahmung von leerstehendem Wohnraum „härteste Repressionsmaßnahme" – weil das Eigentum betroffen ist. Wie kaum anders zu erwarten, verbreiten die Autoren des Blattes aber hartnäckig, die meisten Geflüchteten seien „Wirtschaftsflüchtlinge" – die wovor fliehen? Vor wirtschaftlichen Repressionsmaßnahmen?

In zwei Reportagen berichtet das Blatt über Flüchtlinge an der ungarischen Grenze und auf Kos – jedes Mal mit der verwunderten Feststellung, dass Anwohner und Behörden keine wachsende Kriminalität feststellen können. Über den Bau des Grenzzauns an der ungarischen Grenze zu Serbien schreibt der Reporter, zur Zeit sei er noch nicht fertig und deshalb an vielen Stellen zu umgehen. Aber auch nach Fertigstellung sei nicht mit großer Wirkung zu rechnen – die ungarischen Grenzbehörden erklären: „Klar ist nur eins: Waffengebrauch werde es gegen Migranten nicht geben, selbst wenn sie den Zaun stürmen sollten."

Denn eins ist klar für das Blatt: Internationale Flüchtlingskonventionen, einheimisches und EU-Asylrecht sind nicht zu berücksichtigen. Es grenzt die anzuerkennenden Flüchtlinge auf die ein, die „politisch verfolgt" sind. Kriegsflüchtlinge gibt es anscheinend nicht.

Auf jeden Fall sind die Migranten „fremd" und diese Fremdheit sei nicht zu überwinden. Es werde – so schreibt Karlheinz Weissmann – in einem großen „Rassenkampf" enden, in dem Europa womöglich verlieren werde, denn „dem schuldbewussten Europa fehlt der Wille zur Selbstbehauptung."

Der Ausschluss Le Pens

Junge Freiheit Nr. 36/15 vom 28. August 2015

Der französische Rechte Alain de Benoist kommentiert den Ausschluss Le Pens aus dem Front National: „Der Konflikt kann … nur politisch gesehen werden. Um ihn zu verstehen, muss man sich in erster Linie bewusst machen, dass die Partei unter ihrer Vorsitzenden Marine Le Pen aufgehört hat, eine eindeutig rechts positionierte ‚nationale' Partei zu sein. Sie hat sich in eine populistische Partei verwandelt, die Einfluss nehmen will. Unter diesem Gesichtspunkt war Jean-Marie Le Pen nicht mehr tragbar." Er wollte also keinen Einfluss ausüben? Merkwürdige Sichtweise auf einen Politiker, der mit rassistischen und nationalistischen Forderungen über Jahrzehnte Politik gemacht hat.

Uld ■